



MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER KPÖ STEIERMARK

# PARTEI IN BEWEGUNG



1918 **KPÖ** 2018

# 100



100 Jahre KPÖ Steiermark

## **INHALTSVERZEICHNIS**

Vorwort .....	S. 2
1918–1933: Von der Gründung bis zum Verbot .....	S. 3
1933–1938: Angesehene Kraft gegen den Austrofaschismus .....	S. 16
1938–1945: Der größte Anteil an der Befreiung Österreichs .....	S. 20
1945–2018: Die KPÖ Steiermark in der Zweiten Republik .....	S. 31

*„Wir wissen, wohin wir gehen,  
weil wir wissen, woher wir kommen.“*  
(Heinz R. Unger: Proletenpassion)

Im November 2018 begehen wir den 100. Geburtstag der Kommunistischen Partei Österreichs. 100 Jahre KPÖ bedeuten Widerständigkeit gegen die Reichen und Mächtigen, solidarisches Handeln von Unten, unangepasstes Denken und rebellischer Geist.

Die KPÖ stand nach dem Sturz der Monarchie in der ersten Reihe im Kampf um große soziale Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung wie den 8-Stunden-Tag. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten kämpften für ein freies und demokratisches Österreich gegen Faschismus und Krieg, viele von ihnen wurden dafür von den Nazis ermordet. In den Nachkriegsjahrzehnten war die KPÖ österreichweit ein wichtiger Motor sozialer und gewerkschaftlicher Bewegungen sowie für Frieden, Gleichberechtigung und internationale Solidarität.

Heute ist die KPÖ in der Steiermark eine verlässliche Kraft für alle Menschen, die keine finanzstarke Lobby haben. Gemeinsam mit der Bevölkerung setzen wir uns für leistbares Wohnen, höhere Löhne, ein solidarisches Gesundheitswesen und kostenlose Bildung ein. 100 Jahre KPÖ bedeuten schließlich auch eine grundlegende Alternative zum Kapitalismus. Wir halten fest am Ziel, die Herrschaft der Banken und Konzerne zu überwinden und die Menschen und die Natur in einer sozialistischen Gesellschaft ins Zentrum zu rücken.

Auf das 100-jährige Wirken der Kommunistischen Partei in der Steiermark wollen wir in dieser Sondernummer der PARTEI IN BEWEGUNG zurückblicken und mit dem Blick zurück auf die reiche Geschichte und den großen Erfahrungsschatz der KPÖ Inspirationen für die Zukunft gewinnen. Unser besonderer Dank gilt Wini Hofer für das Verfassen des ersten Teils von 1918 bis 1945 und Franz Parteder für den zweiten Teil von 1945 bis zur Gegenwart.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

# 1918–1933: Von der Gründung bis zum Verbot

**D**ie Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs ist untrennbar mit der radikalen Opposition gegen den Ersten Weltkrieg sowie das ihn hervorbringende System und seine Profiteure verbunden. Das mörderische Treiben des großen Krieges forderte über 17 Millionen Tote, 20 Millionen Verwundete, zigtausende Kriegsinvalide, Witwen und Waisen und führte in ganz Europa zu Verwüstungen und Hungersnöten.

„Eine revolutionäre Situation gibt es dann, wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen“, beschrieb Lenin die Bedingungen, die in Russland zur Oktoberrevolution heranreiften. Hunderttausende ArbeiterInnen, Soldaten und BäuerInnen erhoben sich und Millionen Menschen schlossen sich unter der Führung Lenins und der Bolschewiki den Losungen „Brot und Frieden“ sowie „Alle Macht den Sowjets“ an. Unter denkbar schwierigen Umständen wurde der erste sozialistische Staat der Welt aufgebaut. Einseitig erklärte dieser Staat das Ausscheiden aus dem imperialistischen Weltkrieg und bot allen Völkern den Frieden an. Der Waffenstillstand vom 5. Dezember 1917 sowie die sozialistische Umwälzung in Russland wurde zum Vorbild für Millionen Menschen in Europa, die Schluss machen wollten mit dem verhassten Krieg – auch in Österreich.

## **Der Jännerstreik 1918 und die Arbeiterräte**

In Österreich ergibt sich mit dem Jännerstreik 1918 eine realistische Gelegenheit für einen solchen Friedensschluss. Am 14. Jänner um 8 Uhr früh legt die Belegschaft der Daimler-Motorenwerke in Wiener Neustadt geschlossen die Arbeit nieder, um gegen die Kürzung der Mehlquote zu demonstrieren. Als sich die Arbeiter der Lokomotivfabrik, der Flugzeugfabrik und der Munitionsfabrik Rath anschließen, stehen am Nachmittag bereits 10.000 Menschen vor dem städtischen Rathaus.

Zur selben Zeit verbreiten radikal linke Kräfte ihr Flugblatt „Arbeitendes Volk!“, in dem zur Bildung von Arbeiterräten nach russischem Vorbild aufgerufen wird. Und tatsächlich wird aus dem Arbeitskampf ein politischer Massenstreik, denn am 15. Jänner lautet die erste und hauptsächliche Forderung der Verhandlungsdelegation: Abschluss eines Friedens!

Nach und nach solidarisieren sich die ArbeiterInnen von Ternitz, Neunkirchen und schließlich Wien, sodass sich am Abend bereits 84.000 Beschäftigte im Ausstand befinden. Am 17. Jänner veröffentlicht die Sozialdemokratische Partei (SDAP) ein Vier-Punkte-Programm, „durch deren (wenn auch nicht volle) Erfüllung den Arbeitern die Einstellung des Streiks ermöglicht würde“. Außerdem installiert man neben einem „Arbeiterrat“ für Wien auch ein sogenanntes „Permanenzkomitee“, damit auch der Parteivorstand Einfluss nehmen kann und linksradikale Tendenzen kontrolliert werden können.

An diesem dritten Streiktag schließen sich auch 20.000 steirische ArbeiterInnen in Graz und bei Böhler-Kapfenberg an. Der reformistische Anführer der Sozialdemokratie Victor Adler sieht es bezeichnenderweise als ein „Glück, daß der Ausstand nur Niederösterreich und die Alpenländer treffe und nach Böhmen und Mähren nicht hinübergegriffen“ habe. Am Höhepunkt des Massenstreiks, am 19. Jänner, sind in der gesamten Monarchie etwa 750.000 Menschen auf der Straße.

Wendepunkt ist die am 20. Jänner verabschiedete Resolution, in der seitens der sozialdemokratischen Parteiführung die vermeintlichen „Zugeständnisse (= meist leere Versprechungen) der Regierung gewürdigt“ und den Streikenden die „sofortige Wiederaufnahme der Arbeit“ empfohlen wird. Nichtsdestotrotz flackern in vielen Arbeiterversammlungen Widerstände gegen diese kompromisslerische Haltung auf, von denen es später im Polizeibericht über die Aktivitäten des „Aktionskomitees der Linksradikalen“ heißt, dass „Tausende von Arbeitern im Banne von Leuten wie Baral und Genossen standen, daß nach den Reden Barals stürmische Hochrufe auf die Revolution ausgebracht und der Redner umarmt und geküsst wurde“.

Das fahrlässige Abwürgen des Jännerstreiks durch die Sozialdemokratie ordnet Otto Bauer später so ein: „Wir hatten den Streik als

große revolutionäre Demonstration gewollt.

Die Steigerung der Revolution selbst konnten wir nicht wollen.“ Die Macht der Masse war – zumindest kurze Zeit – auf der Straße gelegen, sie hätte das Völkermorden um zehn Monate verkürzen können.

Eine zweite Chance für ein früheres Kriegsende eröffnet sich gleich zwei Wochen später, als 5.000 Matrosen im k.u.k.-Kriegshafen Cattaro im heutigen Montenegro unter der Losung „Brot und Frieden!“ meutern, auf 40 Schiffen rote Fahnen hissen und ihre Offiziere festsetzen. Der Aufstand der Matrosen blieb aber isoliert.

So muss man warten auf die Gründung der Republik vom 12. November 1918. „Hoch die sozialistische Republik!“ steht auf dem Transparent, das bei der großen Kundgebung entrollt wird, und macht deutlich, dass die Arbeiterschaft damals eben nicht nur eine vermeintlich gerechtere Neuauflage der alten Klassengesellschaft wollte. Das Establishment und die bürgerliche Geschichtsschreibung verweigern wohl deswegen dieser „österreichischen Sozialrevolution“ bis heute den Platz in unserem Bewusstsein, der ihr zusteht. Das Geschichtsbild vom „Staat, den keiner wollte“ oder vom Volk, das „seine Identität verlor“, geistert noch häufig herum.

Aber die Arbeiter- und Soldatenräte waren die bedeutendste fortschrittliche Basisbewegung der österreichischen Geschichte, die mächtigste Massenorganisation unserer Arbeiterschaft, Instrument unmittelbarster Demokratie. Ihre hinterlassenen Früchte und Samen bedeuteten eine beispiellose Umwälzung in Inhalt, Umfang und Tiefe und sind zum Teil heute noch spürbar:

- Gesetz über die Landesverweisung des Hauses Habsburg-Lothringen
  - Überführung des höfischen Besitzes und des Familienvermögens ins Eigentum der Republik
  - Abschaffung der Vorrechte des Adels
  - allgemeines, gleiches Wahlrecht nach dem Verhältnissystem
  - Wahlrecht für Frauen
  - Wiederherstellung aller bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte, die da heißen: Vereins-, Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit
  - Verordnung über die Wohnungsanforderung, nach der leerstehende Wohnungen, Zweitwohnungen sowie Zimmer in Groß- und Luxuswohnungen an Wohnungsbedürftige zugewiesen werden
  - staatliche Arbeitslosenunterstützung
  - Arbeitslosenversicherungsgesetz
  - Errichtung der Kammern für Arbeiter und Angestellte
  - achtstündiger Arbeitstag
  - bezahlter Urlaub
  - Betriebsrätegesetz
  - staatliche Entschädigung für Kriegsinvalide, -witwen und -waisen
  - Einigungsämter und Regelung des Kollektivvertragsrechts
- Und 1920 kommen dazu:

- Schulreform unter Otto Glöckel
- Abschaffung der Todesstrafe
- Beseitigung des Zwangs zur Teilnahme am Religionsunterricht
- Erleichterung der Ehescheidung
- Verbesserung des Rechtsschutzes unehelicher Kinder

### **Die Gründung der KPÖ**

Bereits am 3. November 1918 – also bereits vor der Proklamation der 1. Republik – hatten revolutionäre MarxistInnen in Wien die Kommunistische Partei Deutschösterreichs (KPDÖ), wie sie damals noch hieß, gegründet. Die KPÖ entstand nicht, weil sie sich in spalterischer Absicht in einer noch linkeren Ecke positionieren wollte, sondern weil die klassenversöhnlerische Politik der Sozialdemokratie für konsequente Interessensvertreter untragbar geworden war. „Nur durch diesen historischen Bruch hatte die kommunistische Bewegung eine Existenzberechtigung, hat sie es heute und wird sie es zukünftig haben“, formulierte der Zeithistoriker Hans Hautmann treffend. Von den sozialdemokratischen Führern Otto Bauer und Friedrich Adler wurde dieser Schritt wenig überraschend als überflüssige Spaltung der Einheit der Arbeiterklasse diskreditiert.

In Graz jedenfalls ziehen am 22. Dezember 1918 rund 200 Interessierte zu einer Versammlung auf den Griesplatz, wo drei aus Wien angereiste ReferentInnen (Karl Steinhardt, Karl Janistyn und Elfriede Friedländer) die Ziele der KPÖ vorstellen. Nach der Aufforderung der sozialdemokratischen Redner, Hans Resel und Vinzenz Muchitsch, die Sozialdemokraten mögen nach Hause gehen, bleiben laut „Arbeiterwille“ „nur ein paar Leute“ zurück, die aber noch in der Nacht die Gründung der Grazer KPÖ beschließen, was auch in den folgenden Tagen passieren sollte.

Am 11. Jänner kommen rund 700 Personen zu Vorträgen der Wiener Leopold Maresch und Heinrich Brodnig zum Thema „Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs und ihre Stellungnahme zur Nationalversammlung“ in den Gasthof „Zum Sandwirt“ in der Grazer Griesgasse.

In einer Resolution werden Nationalversammlung und bürgerlicher Parlamentarismus abgelehnt und stattdessen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gefordert. Mitte Jänner 1919 verzeichnen die Grazer KommunistInnen einen Aufschwung: In mehreren Versammlungen am Freiheitsplatz und in Eggenberg mit bis zu 1.600 Teilnehmern wird die sofortige „Sozialisierung“ (= Verstaatlichung) der Großunternehmen, die Enteignung der Klöster und Stifte sowie die soziale Revolution gefordert. Jeden Mittwoch und Samstag treffen sich durchschnittlich 90 Personen bei Informationsabenden im Gasthof „Zum grünen Baum“ in der Mariahilferstraße.

Am 15. Februar finden sich etwa 1.600 Arbeitslose, Invalide, Kriegsheimkehrer und sozialdemokratische Volkswehrmänner

beim Gasthof „Häuselbauer“ in Eggenberg ein. Nach der Rede des Soldatenrats Leo Rothziegel von der Wiener „Roten Garde“ werden sogar Stimmen laut, das Volkswehrkommando zu besetzen und den Rücktritt des Militärbevollmächtigten Hans Resel zu erpressen. Man fordert eine Abfertigung der Soldaten in der Höhe von 300 Kronen, eine Versorgung der Invaliden, Kriegswitwen und -waisen sowie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Nach Abschluss der Kundgebung marschiert ein Teil der aufgebrachten Menge in die Innenstadt, um gegen die bürgerliche „Tagespost“ zu demonstrieren, die die Arbeitslosen als „arbeitsscheues Gesindel“ beschimpft hatte.

Am 20. Februar formiert sich bereits ein Demonstrationzug von ca. 3.500 Volkswehrmännern und Heimkehrern vor der Dominikanerkaserne und übergibt beim Volkswehrkommando am Glacis ihre Forderungsliste. Dem Kommunisten Brodnig gelingt es in seiner Rede, die gemäßigte sozialdemokratische Forderung auf 600 Kronen zu erhöhen und die Frist für die Erfüllung der Anliegen von acht Tagen auf zwei zu verkürzen. Schließlich lädt Brodnig alle ein, zu einer kommunistischen Kundgebung am 22. Februar zu kommen, um dort die Antwort des Landeshauptmannes zu erwarten.

Diese nie stattgefundenen Versammlung wird später von der Polizeidirektion Graz so eingeschätzt, dass sie „direkt zum Volksaufstand und (zur) Errichtung der Rätediktatur in Graz und event. in Steiermark (hätte) führen können, da die gesamte Volkswehr am Freiheitsplätze versammelt war und auf die Seite Brodnigs trat“. Die Grazer Behörden reagieren prompt und gründlich: Bürgermeister Adolf Fizia verfügt eine Ausweisung aller Kommunisten, die nicht in der Steiermark heimatberechtigt waren, Landeshauptmannstellvertreter Anton Rintelen reist umgehend nach Wien und kehrt mit 620 Mann niederösterreichischer Gendarmerie als Verstärkung zurück. Man erlässt ein Versammlungsverbot am Freiheitsplatz und droht bei Nichteinhaltung mit der Verhängung des Standrechtes.

### **Der „Blutsamstag“**

Die KPÖ reagiert auf diese Provokationen mit dem Rückzug auf eine Ausweichversammlung in den damaligen Grazer Vorort Gösting. In der Innenstadt am Murplatz kommt es aber zu erbosten Reaktionen wegen des Einsatzes von „Wiener Gendarmerie“ und wegen des Auftauchens der bewaffneten reaktionären „Studentenwehr“. Die Demonstranten rufen das „Arbeiterhilfskorps“ aus der Andräschule zu Hilfe. Nun feuern Gendarmen und Studenten auf die unbewaffnete Menge. Die blutige Bilanz: 4 Tote und 13 Schwerverletzte.

Bei der folgenden Entwaffnung der Studentenwehr kommt noch ein Toter hinzu. Am Tag darauf wird der Wiener Kommunist Dr. Paul Friedländer verhaftet, als er am Grab der Erschossenen eine Rede halten will. Brodnig, auf den eine Belohnung von 1000 Kronen ausgesetzt war, kann untertauchen.



Aufgrund der fehlenden Leitung kommt es in der Folge zu einer Flaute in der politischen Arbeit, obwohl es der jungen Partei in zwei Monaten gelungen war, sich auch in einigen Betrieben zu verankern. So stand die Mehrheit der Arbeiter der Weitzer Waggonfabrik und ein großer Teil der Walzwerkerarbeiter auf ihrer Seite. Auch mehrere militärische Abteilungen waren kommunistisch dominiert, beispielsweise das Wachdetachment Gösting, das Matrosendetachment Puntigam, die 1. Kompanie des 1. Bataillons des Arbeiterhilfskorps, das Monturdepot oder das 2. Bataillon der Volkswehr. Mitte März wird der Wiener Karl Janistyn nach Graz beordert, um die Partei wiederaufzurichten.

### **Das Beispiel der Ungarischen und Bayrischen Räterepublik**

Am 21. März 1919 wird die Ungarische Räterepublik ausgerufen. In der österreichischen Regierung reagiert man besorgt. So ist es wohl zu erklären, dass zwei Tage danach alle KP-Führer von Staatskanzler Karl Renner freigelassen bzw. amnestiert werden. Auch die steirischen Sozialdemokraten werden nervös und rufen dazu auf, die KPÖ-Versammlung am 30. März in der Industriehalle zu besuchen. Tausende folgen dieser Mobilisierung und erleben die Rede des Wieners Karl Toman, der einen telefonischen Gruß des ungarischen Revolutionsführers Béla Kun übermittelt und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution nach russischem und ungarischem Vorbild betont.

Als Gegenredner wird der sozialdemokratische Nationalrat Dr. Arnold Eisler aufgeboten, der die Linie seiner Parteiführung vertritt, nach der alles getan werden müsse, um in Österreich eine Räterediktatur zu verhindern. So steht es auch in Otto Bauers Broschüre „Räterediktatur oder Demokratie“, die schnell noch am selben Tag herausgekommen ist. Eislers und Bauers Position blieb trotz des überwiegend sozialdemokratisch orientierten Publikums in der Minderheit, vielmehr wurde in der abschließenden Resolution betont, dass dem ungarischen Beispiel Folge zu leisten sei.

In den ober- und weststeirischen Industriegemeinden werden KP-Ortsgruppen gegründet und erste Wahlerfolge erzielt: In Donawitz, wo es schon seit Februar 1919 eine Parteiortgruppe gab, werden von 12 Arbeiterräten 11 Kommunisten gewählt, von 6 Invalidenräten erringen die Kommunisten 4. Auch bei den Grazer Soldatenräten schneiden die Kommunisten gut ab und stellen beim 1. Bataillon des Arbeiterhilfskorps alle vier Räte und beim 2. Bataillon 2 von 4.

Im Donawitzer Hüttenwerk kommt es am 7. April 1919 – einen Tag nach der Ausrufung der Bayrischen Räterepublik – zur bedeutendsten Sozialisierungssaktion

der Zwischenkriegszeit. In einer spontanen Aktion von Tausenden ArbeiterInnen wird der Direktor davongejagt und ein Direktorium von zwei Ingenieuren und je einem sozialdemokratischen und einem

kommunistischen Arbeiter gebildet. Die Seegrabener Bergarbeiter folgen diesem Beispiel und installieren ebenfalls ein Direktorium und einen paritätisch aus Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengesetzten Arbeiterrat je Schacht. Die Delegierten beider Betriebe fahren optimistisch nach Wien und verlangen vom Vorsitzenden der Sozialisierungskommission Otto Bauer die Sozialisierung ihrer Arbeitsstätten, was von diesem jedoch als „verfrüht“ abgelehnt wird.

Am 16. April wird in den Grazer Annensälen vom ungarischen Rätebeauftragten Bela Weiss ein Aufruf zum revolutionären Umsturz unterstützt: „Ein tüchtiger Sturm, ein energischer Anlauf und über Nacht haben wir die 'Polizeidemokraten' gestürzt.“ Durch einen „Maulwurf“ werden die internen Umsturzpläne allerdings verraten, sodass am 23. April die gesamte kommunistische Leitung in Graz inhaftiert wird, weitere Kommunisten aus den Gemeinden, in denen sie nicht heimatberechtigt sind, abgeschoben und die Volkswehrebataillone und das Arbeiterhilfskorps von Kommunisten gesäubert werden.

### **Auflösung der Grazer KPÖ**

Die Verhaftung der Grazer Führungskader ist durch einen Verräter in den eigenen Reihen möglich geworden. Dieser ebenfalls inhaftierte Albert Bergauer gibt am 30. Juni 1919 zu Protokoll: „Zum Beweis dafür, dass ich als Sozialdemokrat ein Gegner der kommunistischen Partei bin, erkläre ich mich bereit, jene Papiere, mit denen ich in dieser Woche nach Ungarn und Wien im Auftrag der Kommunistischen Partei hätte reisen sollen, der Behörde auszuliefern.“

Der daraufhin freigelassene Bergauer wird nun zum Wortführer und damit letztlich zum zeitweiligen Liquidator der Grazer Partei. In einer Versammlung am 14. Juni spricht er vor etwa 1.000 Personen:

„Aber eine andere Taktik müssen wir einschlagen, nicht Blutvergießen wollen wir, nicht Arbeiter gegen Arbeiter hetzen, damit die Bourgeoisie und angefressene schwarze Hunde, in der Kluft, die zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entsteht, sich einnisten können. Hand in Hand gemeinsam müssen wir vorgehen gegen den Kapitalismus!“

Am 7. August – eine Woche nach dem Sturz der Ungarischen Räterepublik – kündigt der ebenfalls aus der Haft entlassene Johann Oberländer vor 500 Personen in den Annensälen an, „einen Anschluss an die Sozialdemokraten zu suchen... Wir werden eben in der Sozialdemokratie einen linken Flügel bilden, eine Oppositionsgruppe sein.“

Am 12. September berichten der „Arbeiterwille“ und die „Tagespost“ gleichlautend von der „Auflösung der Kommunistischen Partei in Steiermark.“ Drei Tage später kommt es zur Einigungsversammlung in den Juliensälen. Der Sozialdemokrat Josef Stanek, der übrigens 1934 von den Austrofaschisten wegen des Februaraufstandes hingerichtet werden sollte, erklärt freudig: „Die Kommunistische Partei in Graz hat sich aufgelöst und es ist zu hoffen, dass nun nichts

mehr die Einigkeit der Arbeiter stören wird.“

Allerdings haben schon am 13. September abgeschobene Mitglieder der KPÖ Graz und obersteirische kommunistische Vertrauensmänner in einer Gegenresolution den Übertritt der kommunistischen Organisation zur Sozialdemokratischen Partei als nichtig erklärt. Es handle sich lediglich um den Übertritt von Personen. „Die kommunistisch gesinnte Arbeiterschaft Steiermarks ist trotz aller Verfolgungen den Idealen des revolutionären Sozialismus treu geblieben.“

Bereits am 1. Oktober wird bei einer kommunistischen Ausschusssitzung in Graz wieder vorgeschlagen, sich wieder als eigenständige Organisation zusammen- und den Wienern anzuschließen. Da die Wiener Maresch und Brodnig beim Versuch der Einreise schon am Semmering festgenommen werden, soll die Donawitzerin Valeska Türner in Donawitz eine Landeszentrale einrichten.

Am 13. Oktober kommt es wieder zu einer ersten Grazer Versammlung vor nur mehr 200 TeilnehmerInnen, bei der Alois Frühwirt eingesteht, dass die Sozialdemokraten den angeschlossenen Kommunisten „weder Sitze noch Stimmen in der Partei zugesprochen“ hätten. Aus diesem Grund wolle man „mit den Sozialdemokraten nichts mehr gemein haben und sie (die Genossen) werden sich wieder selbst aufrufen.“ Wenige Tage vor dem 3. Parteitag der KPÖ am 7./8. Dezember 1919 wird die neue Grazer Leitung gebildet, der Heinrich Brodnig, Josef Bahc, Franz Koroschina, Leonhard Potzinger und Eduard Türner angehören.

Brodnig rechnet am Parteitag mit Putschismus und Radikalismus ab:

„Manche Genossen scheinen den Parteitag als den Tummelplatz ihres Radikalismus anzusehen. Ich möchte ihnen raten, in die Provinz zu gehen und es dort versuchen, ihre Taktik durchzusetzen. Wir in der Steiermark haben daran gekrankt, dass wir glaubten, durch überradikale Mittel die Macht erlangen zu können [...] Wir haben nichts davon, wenn die Minderheit will und die Mehrheit nicht mitgeht.“

### **Niedergang der Partei**

Hatte die KPÖ im Juni 1919 gesamtösterreichisch noch rund 40.000 Mitglieder, sind es im Dezember nur mehr rund 10.000. In der Steiermark gelangen nur lokale Erfolge bei Betriebsratswahlen im Herbst 1920: Bei den Puch-Werken sind 9 von 14 Betriebsräten Kommunisten, bei der Andritzer Maschinenfabrik 4 von 5, bei den Steirischen Fahrzeugwerken 2 von 4.

Den KPÖ-Kandidaten ist es nicht einmal möglich, den Nationalratswahlkampf 1920 zu führen: Heinrich Brodnig wird verhaftet und aus der Steiermark ausgewiesen, der stellvertretende Vorsitzende der steirischen KPÖ, Josef Bahc, nach Jugoslawien abgeschoben. Das Wahlergebnis für die Steiermark ist dementsprechend ernüchternd: Werden in Österreich 26.651 Stimmen gezählt, so sind es in der Stei-

ermark nur 3.033 und in Graz 1.615 oder 2,3 Prozent.

1923 erhält die Partei österreichweit nur mehr 22.035 Stimmen, in der Steiermark 2.508, während sie in Graz nicht einmal mehr in der Lage ist, zu kandidieren. Bei den 1924 durchgeführten Gemeinderatswahlen gelingt es der KPÖ in nur 4 Gemeinden zu kandidieren, wobei in 2 Gemeinden (Eisenerz mit 3,6% und Kapfenberg mit 3,5%) je ein Mandat errungen wird. 1929 tritt die Partei wieder erstmals in Graz an, bekommt aber nur 179 Stimmen (0,2%). Die als Troztkisten aus der Partei Ausgeschlossenen kandidieren als „KPÖ (Opposition)“ und sind fast viermal so stark.

Die KPÖ ist also zu einer praktisch unbedeutenden Kleinstpartei geschrumpft. Die revolutionäre Stimmung ist in einen „Anti-Chaos-Reflex“ gekippt, wie Hans Hautmann analysiert. Der Wunsch nach einem einigermaßen gesicherten Überleben in einer kapitalistischen Ordnung wird bestimmend, und sogar ein beträchtlicher Prozentsatz von Kleinbürgern, Angestellten, Beamten und Kleinbauern, die 1919 noch zumindest sozialdemokratisch gewählt hatten, kehrt in die Arme der bürgerlichen Parteien zurück.

Die nostalgische Revolutionsromantik der Kommunisten scheint völlig an der Mehrheit der Arbeiterschaft vorbeizugehen, die noch eher von der konkreten Ausstrahlung der Sozialreformen eines „Roten Wien“ angesprochen wird. Die kleine KPÖ ist zudem von teilweise persönlich gefärbten ideologischen Auseinandersetzungen zerrissen. Erst 1924 gelingt es dem Knittelfelder Bezirkssekretär Johann Kopenig, der eben erst die Leitung der steirischen Landesorganisation übernommen hat, gemeinsam mit dem niederösterreichischen Gewerkschafter Franz Honner die Fraktionskämpfe zu überwinden.

Kopenig hatte als Soldat der k.u.k. Armee in der russischen Kriegsgefangenschaft die Oktoberrevolution erlebt und sich den Bolschewiki angeschlossen. Daher unterstützt er gemeinsam mit dem auch in Wien tätigen legendären bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitroff die Kampagne der Kommunistischen Internationale (Komintern) zur „Bolschewisierung“ der kommunistischen Parteien zu Parteien „neuen Typs“.

Als Organisationsprinzip wird die Richtlinie des Demokratischen Zentralismus übernommen, die eine demokratische Herangehensweise bei der Erarbeitung, aber eine geschlossene Umsetzung der festgesetzten politischen Linie forderte. Organisatorisch gefestigt geht man nun an die Frage der zukünftigen Stoßrichtung heran: Geht es nun um die Verteidigung der sozialen Errungenschaften in der bürgerlichen Republik gegen die wachsende reaktionär-faschistische Gefahr oder orientiert man auf einen neuen revolutionären Aufschwung? Die Antwort darauf fällt erstmal dahingehend aus, dass man entlang der Linie der Kommunistischen Internationale der Gefahr des drohenden Faschismus durch eine sozialistische Revolution zuvorkommen will. Diese Orientierung führt allerdings

auch dazu, dass besonders harte Auseinandersetzungen gerade gegen jene geführt werden, die als linke AustromarxistInnen der eigenen politischen Richtung mitunter am nächsten stehen.

### **15. Juli 1927 – Aufstand gegen die Schandjustiz**

1927 ergibt sich für die KPÖ eine erste Möglichkeit, aus der selbst mitverursachten Isolation auszubrechen. Am 30. Jänner haben drei Angehörige der „Frontkämpfervereinigung“, einer faschistischen paramilitärischen Gruppierung, im burgenländischen Schattendorf einen 40-jährigen Kriegsinvaliden und ein achtjähriges Kind erschossen, weil sie sich von einer bereits vorbeigezogenen Formation des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes provoziert gefühlt haben.

Der skandalöse Freispruch der Mörder in einem Geschworenensprozess am Vorabend mobilisiert in den Morgenstunden des 15. Juli einen spontanen Massenprotest von 200.000 Wiener ArbeiterInnen. Die vom katholischen Prälaten Ignaz Seipel geführte Regierung lässt die Polizei mit Militärkarabinern auf die den Justizpalast stürmenden Demonstranten schießen. 89 Menschen sterben auf der Straße.

Während die sozialdemokratische Führung viele Stunden braucht, um auf die ungezügelte Polizeigewalt des autoritären Regimes zu reagieren, erlebt die KPÖ ihre „Feuertaufe“. Auf einem noch während der Kundgebung gedruckten Flugblatt fordert die Partei die sofortige Entwaffnung und Auflösung aller faschistischen Organisationen, den Einsatz des Republikanischen Schutzbundes und den Zusammentritt einer Betriebsrätekonferenz. Dies bleibt der einzige Versuch, den Massenprotest politisch zu lenken. Denn die Spitzen der Sozialdemokratie begnügen sich damit, der Feuerwehr den Weg zum brennenden Justizpalast zu bahnen.

Ein zweites KPÖ-Flugblatt antwortet auf den SP-Vorwurf, dass bewaffneter Widerstand zum Bürgerkrieg führe, mit der Bemerkung: „Der Bürgerkrieg ist bereits da, aber er wird von der Mörderregierung allein geführt, während die Arbeiter noch wehrlos sind!“ Der KPÖ, die erstmals von breiten Massen gehört worden ist, wird zwar ein Redner am Grab der Juli-Opfer zugestanden, dafür werden aber alle Kommunisten aus dem Republikanischen Schutzbund ausgeschlossen – aus Angst vor einer möglichen Radikalisierung. Ab nun müssen sich die ehemaligen kommunistischen Schutzbündler in der sogenannten „Arbeiterwehr“ organisieren, die 1928 nach dem Muster des kommunistischen deutschen „Roten Frontkämpfer-Bundes“ (RFB) gebildet wird.

Während seiner Rede bei der Beerdigung der Opfer auf dem Zentralfriedhof wird Johann Kopenig verhaftet und wegen „versuchter Verleitung zum Aufstand“ sowie „Verherrlichung gesetzlich verbotener Handlungen“ angeklagt. In seiner Verteidigungsrede dreht Kopenig den Spieß um und beschuldigt die Regierung eines

hochverräterischen Komplotts gegen die demokratische Republik. Und mit der Auszeichnung der schießwütigen Polizisten habe die Regierung selbst das Delikt der „Verherrlichung gesetzlich verbotener Handlungen“ begangen. Die Geschworenen sprechen ihn am 9. Jänner 1928 frei.

### **Ein Ohr für Alltagsorgen – Gewerkschafts-, Arbeitslosen- und Bauernarbeit**

Nach dem Juli 1927 zeigt der „christlich-sozial“ geführt Staat sein wahres Gesicht: Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter werden in den Betrieben der Alpine Montangesellschaft nicht mehr eingestellt, sondern nur mehr Anhänger der Heimwehr; verbliebene Arbeiter sollen auf Regime-Linie gebracht werden, wozu Werkswohnungen als Druckmittel eingesetzt, freigewerkschaftliche Betriebsräte entlassen. Von 1928 bis 1929 verlieren die freien Gewerkschaften rund 30.000 Mitglieder. Und das nicht erst durch die Weltwirtschaftskrise.

In deren Folge steigt in Donawitz die Arbeitslosigkeit von 1928 bis 1930 um 168 Prozent, die Kommune kann die Ausspeisung der über 1.000 Ausgesteuerten, die kein Arbeitslosengeld mehr beziehen, nicht mehr stemmen. Kein Wunder, dass viele Mittellose auf der „Walz“ ihr fragliches Glück suchen. Der KPÖ-Aktivist und spätere Partisan Sepp Filz etwa „tippelt“ von Deutschland über Holland, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten bis nach Italien.

In Österreich wird die krisengeschüttelte größte Bank Österreichs, die zum Haus Rothschild gehörige Creditanstalt, in den Bankrott getrieben und durch Steuergelder auf Kosten der breiten Masse saniert. Unter der Losung „Rothschild saniert – Volk krepirt“ bekämpft die KPÖ diese monopolkapitalistische Politik.

Seit dem 10. Parteitag im Februar 1929 setzt die KPÖ auf sozialökonomische Massenkämpfe als Schwerpunkt ihrer politischen Aktivität. Überwunden sind die zeitweilige ultralinke Doktrin der Komintern in den Jahren 1928/29 und die verhängnisvolle Übernahme der gegen die Sozialdemokratie gerichtete „Sozialfaschismus“-Theorie, die eine völlige Isolation nach sich gezogen hatte.

Am 27. April 1930 tagt die 1. Konferenz der „Roten Gewerkschaftsopposition“ (RGO) im Gasthaus Weigl in Wien-Meidling, bei der 98 KommunistInnen sich mit 71 SozialdemokratInnen und 29 Parteilosen treffen. Die Zeitung „Der Prolet“ erscheint.

Anfang Juli 1931 treten 70 Arbeiter, die beim Wasserleitungsbau der Gemeinde Graz arbeiten, in den Streik, um die Abschaffung der Akkordarbeit zu fordern. Es wird eine Kampfleitung unter der Führung der RGO gebildet.

Insgesamt aber müssen bei den Betriebsratswahlen 1931 Rückschläge geschluckt werden: In Seegraben gibt es nur mehr 2 Mandate, in Eisenerz, bei Böhler-Kapfenberg und im Eisenwerk Rottenmann gar

nur mehr eines. Im selben Jahr werden durch das „Zentral-Arbeitslosenkomitee“ (ZAK) Kampftage gegen die Arbeitslosigkeit veranstaltet, die in Graz 3.000, in Leoben trotz Demonstrationsverbot 2.000 und in Eisenerz 1.000 Teilnehmer ansprechen.

Bei Zusammenstößen kommunistischer Arbeitsloser mit der Polizei in Voitsberg wird am 16. Dezember 1931 der Köflacher KPÖ-Obmann Paul Großmann von der Gendarmerie erschossen. Am 31. Jänner 1932 findet wie in Wien auch in Leoben auf Initiative von KPÖ, RGO und regionalem Arbeitslosenkomitee ein Einheitskongress der Arbeitslosen und BetriebsarbeiterInnen statt. Arbeitslosenkomitees erreichen in Leoben und Donawitz Geldaushilfe, Nahrungsmittel, Kleidung und Mietzuschüsse und verhindern Delogierungen von angesteuerten Arbeitern.

Auch bei der „Landagitation“ betritt die Partei wichtiges Neuland. Am 12. Jänner 1930 wird in Bruck ein „Reichsaktionskomitee der werktätigen Bauern“ gewählt und ein Aktionsprogramm beschlossen:

1. Die entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und der Kirchengüter und deren Übergabe an die Kleinbauern und Kleinpächter
2. Die Annullierung sämtlicher Steuerrückstände und Schulden der Klein- und Mittelbauern
3. Die Steuerfreiheit für Kleinbauern und Steuerermäßigungen für Mittelbauern.

Am 2. November des Jahres treten 33 gewählte Delegierte in Deutschlandsberg zur ersten Konferenz der damals 20 Bauernkomitees zusammen. In Vorau vereitelt eine 200-köpfige Menschenmenge im Jänner 1933 den Versuch einer Zwangsversteigerung. Der betroffene Landwirt hatte die Krankenversicherung für seinen Knecht nicht mehr zahlen können. Als vier Bauerndemonstranten von der Gendarmerie verhaftet werden, erzwingen 1.500 aufgebrachte Kleinbauern, Landarbeiter und Arbeitslose – trotz Militärpräsenz – die Freilassung.

Insgesamt lässt sich eine gestiegene Sympathie für die KPÖ bei den Gemeinderatswahlen 1932 in Steiermark und Kärnten ablesen, denn es werden etwa 50 Gemeinderatsmandate (zuvor 4) erreicht; so in Leoben, Donawitz, Fohnsdorf, Knittelfeld, Eisenerz, Kapfenberg und Mürzzuschlag. In Langenwang erzielt man 14%, in Bärnbach 10%, auch in den vier damals noch eigenständigen Umgebungsgemeinden von Graz (Eggenberg, Gösting, Strassgang und Wetzelsdorf) kann die Partei Mandate gewinnen.

### **Antifaschistische Bündnispolitik**

Die KPÖ analysierte die Umgruppierung der extremen Rechten Anfang der 1930er-Jahre richtig: Nach dem gescheiterten „Pfriemer-Putsch“ 1931 orientiert der größere Teil der „Heimwehren“ gemeinsam mit den Christlichsozialen auf die Schaffung eines faschistischen Regimes nach italienischem Vorbild. Die Nazis wiederum



profilieren sich durch soziale Demagogie und Terror gegen Linke und JüdInnen vor allem bei Angestellten und jungen Bauern, aber auch in Arbeiterkreisen, als „Retter“ aus der Krise. Bei den Wahlen 1932 kann sie praktisch alle anderen deutschnationalen Gruppen aufsagen. Der rasante Aufstieg der NSDAP in Deutschland lässt auch hierzulande die Alarmglocken läuten und eine mögliche Machtübernahme muss auch in Österreich befürchtet werden.

Mit der nun propagierten „antifaschistischen Aktion“ wendet sich die KPÖ gegen beide Formen des Faschismus in Österreich, den „grünen“ und den „braunen“, und erreicht ein gewisses Ansehen über ihre Kreise hinaus. Am 4. September 1932 findet in der Wiener Engelmann-Arena eine Kundgebung der „Antifaschistischen Aktion“ mit 10.000 TeilnehmerInnen gegen den von den österreichischen Nationalsozialisten proklamierten „Hitlertag“ statt. Es gelingt damit, den geplanten Besuch des Nazi-Führers zu vereiteln.

Die SP-Führung allerdings ist wegen dieser antifaschistischen Bündnispolitik, wegen des Versuches, eine antifaschistische Einheitsfront zu schmieden, beunruhigt. In Broschüren prangert sie 1932 die „proletarischen Irrwege“ dieses „Feindes im Rücken“ an. In einem „Offenen Brief“ vom 14. März 1933 wird seitens der KPÖ dem sozialdemokratischen Parteivorstand und dem Bundesvorstand der „Freien Gewerkschaft“ ein Einheitsfrontangebot gemacht, in dem die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien und die Bildung von Einheitskomitees in Betrieben, Arbeiterwohnsiedlungen und Arbeitsvermittlungsstellen vorgeschlagen wird. Die SDAP ließ das Angebot zunächst unbeantwortet und wartete die Stellungnahme der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ (SAI) ab.

Anfang April kommt die Ablehnung. Die KPÖ habe sich der SDAP unterzuordnen. Die austrofaschistische Regierung wiederum stört der zunehmende Einfluss der KPÖ-Aktivitäten unter der katholischen Landbevölkerung, sodass schließlich nach der Ausschaltung des Parlaments durch Engelbert Dollfuß, nach der Lahmlegung des Verfassungsgerichtshofs, nach der Aushebelung des Streikrechts und der Auflösung des Republikanischen Schutzbundes die KPÖ die erste politische Partei ist, für die am 26. Mai 1933 ein Betätigungsverbot erlassen wird.



# 1933–1938: Angesehene Kraft gegen den Austrofaschismus

**Z**ahlreiche linke SozialdemokratInnen treten aus Empörung über den Stillhalte- und Kapitulationskurs ihrer Parteispitze der ab nun illegalen KPÖ bei, bleiben aber nach außen hin Mitglieder der noch legalen Sozialdemokratischen Partei. Jedenfalls wird die Trennlinie zwischen linken SozialistInnen und KommunistInnen durchlässig. In Oberösterreich haben sich die ehemals kommunistischen Arbeiterwehrlere bereits den Schutzbündlern angeschlossen.

## **Februarkämpfe der österreichischen Arbeiterschaft**

Anfang Februar 1934 verstärkt die illegale KPÖ ihre Anstrengungen, möglichst große Teile der Sozialdemokratie – besonders die Zentralleitung der Freien Gewerkschaften – für eine gemeinsame Kampagne zu gewinnen. Dabei geht es um eine Auflösung der faschistischen Organisationen, die Wiederherstellung der Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit und vor allem um die Vorbereitung eines Generalstreiks. Da die Verhandlungen – wie nicht anders zu erwarten – scheitern, verbreitet die KPÖ am 10. Februar 1934 alleine einen Streikaufruf – als Sonderausgabe der Parteizeitung „Rote Fahne“ – in den Betrieben. Das Ausbleiben eines Generalstreiks soll

schließlich die Niederlage bei den zwei Tage später ausbrechenden Februarkämpfen besiegen. Denn diese Kämpfe werden fast ausschließlich von Schutzbündlern geführt.

Auslöser für den verzweifelten, aber heldenhaften Kampf des Republikanischen Schutzbundes ist der Versuch des Dollfuß-Regimes, am 12. Februar 1934 im Linzer Hotel „Schiff“ mit der einseitigen Entwaffnung des Schutzbundes zu beginnen. Die oberösterreichischen, Wiener und steirischen Schutzbündler wehren sich, werden aber von der Parteispitze alleingelassen.

In Bruck ergreifen die Februarkämpfer unter dem Kommandanten, Landespartei sekretär und Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch faktisch die Macht, haben aber letztlich gegen Bundesheerkanonen keine Chance. Nach dem Verrat durch einen Parteigenossen wird Wallisch standgerichtlich zum Tod verurteilt und am 19. Februar in Leoben erhängt. Mit dem Grazer Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft Josef Stanek wird ein weiterer Steirer hingerichtet, weil er sich mit der Pistole in der Hand seiner Verhaftung widersetzt hatte.

Österreichweit sterben 19 weitere Schutzbündler den Tod durch den Strang. Während der vier Kampftage vom 12. bis zum 15. Februar ist es nur die KPÖ, die mit Flugblättern und Streuzetteln – meist unterzeichnet mit „K.P.Ö. / S.P.Ö.“ – eine bescheidene Gegenöffentlichkeit zur Regierungspropaganda herstellte. Im tschechoslowakischen Exil gibt die Partei in der Folge einen international beachteten Sammelband über Vorgeschichte und Verlauf der Februarkämpfe mit dem Titel „Österreich – Brandherd Europas“ heraus.

Hunderte KPÖ-Mitglieder und Angehörige des Republikanischen Schutzbundes sind – teilweise mit ihren Familien – nach den Februarkämpfen 1934 in die Sowjetunion geflüchtet und wirkten dort im Exil. Etliche von ihnen sind allerdings in die oft unberechenbare Maschinerie der Säuberungswellen in der Sowjetunion der 1930er-Jahre geraten. Dutzende Mitglieder der KPÖ werden aufgrund undurchsichtiger Anschuldigungen nach Schnellverfahren ohne rechtliche Verteidigungsmöglichkeit erschossen oder kommen in sibirischen Straflagern ums Leben.

### **Solidarität mit dem Spanischen Freiheitskampf**

Als im Herbst 1934 die Meldung von den ersten Todesurteilen aus Spanien eintrifft, führt der „Kommunistische Jugendverband“ (KJV) am 8. November vor dem spanischen Konsulat in Graz eine Blitzaktion durch. Die Parole lautet: „Hoch die heldenhaften Jungkommunisten Spaniens!“. Auch in Leoben, Donawitz und Leitendorf gibt es Solidaritätskundgebungen. Viele Februarkämpfer gehen 1936 nach Spanien, um gegen den Franco-Faschismus zu kämpfen. Über 2.000 ÖsterreicherInnen – darunter auch über 250 KJVler – schließen sich den „Internationalen Brigaden“ an, über 700 bezahlen diese Solidarität mit ihrem Leben.

## **Die nationale Frage und die österreichische Volksfront**

Die Niederlage bei den Februarkämpfen besiegelt auch das Ende der traditionellen Sozialdemokratie und des „Roten Wien“. An ihrer Stelle entsteht im Untergrund die Partei der „Revolutionären Sozialisten“. Aber rund 12.000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei – besonders viele Angehörige des Republikanischen Schutzbundes – schließen sich der illegalen KPÖ an, sodass das Kräfteverhältnis der beiden Arbeiterparteien, das zuvor 1:100 betragen hatte, nunmehr im Untergrund ausgeglichen ist.

Während einige noch die Losung „Vom blutigen Februar zum Roten Oktober“ vertreten, engagieren sich viele KommunistInnen in Einrichtungen der Zivilgesellschaft wie z.B. „Jugend in Not“, tarnen sich wie der junge Richard Zach im christlichen „Studentenarbeitsbund“ oder wirken in der vom austrofaschistischen Regime verordneten Einheitsgewerkschaft.

Die heftigsten Differenzen – zunächst innerhalb der KPÖ, dann zwischen KPÖ und Revolutionären Sozialisten – brechen in der „nationalen Frage“ auf. Die österreichische Sozialdemokratie hatte schon in der Habsburgermonarchie einen Zusammenschluss aller deutschsprachigen Gebiete in einer demokratischen Republik propagiert. Nach der Machtübernahme der Nazis in Deutschland hatte sie zwar den „Anschluss-Paragraphen“(!) aus ihrem Parteiprogramm gestrichen, was aber nur für die Dauer der NS-Herrschaft in Deutschland gelten sollte.

Das Liebäugeln des austrofaschistischen „Ständestaates“ mit habsburgischen Traditionen und die Installierung der katholischen Kirche als Staatskirche bestärkt die Sozialdemokraten in ihrer unreflektierten Ablehnung alles „Österreichischen“. Für die KPÖ hingegen ist der deutsche Hitler-Faschismus die größte Bedrohung für Frieden und sozialen Fortschritt.

So beginnt eine Diskussion in der österreichischen Sektion auf der Internationalen Lenin-Schule in Moskau, wo unter anderem der Jurist und Journalist Alfred Klahr tätig ist. In Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 wird die „Volksfront“-Politik erörtert, mit deren Hilfe alle anti-nationalsozialistisch gesinnten ÖsterreicherInnen für den Abwehrkampf gegen die Bedrohung durch Hitler-Deutschland mobilisiert werden sollten.

Die Parteiführung der KPÖ beauftragt nun Klahr mit einer wissenschaftlichen Untersuchung „Zur nationalen Frage in Österreich“, die unter dem Pseudonym „Rudolf“ 1937 in zwei Heften der aus der Tschechoslowakei nach Österreich geschmuggelten Monatszeitschrift „Weg und Ziel“ veröffentlicht wird. Darin heißt es:

„Die theoretische und historische Untersuchung der nationalen Frage in Österreich zeigt, daß die Scheidung des österreichischen Volkes vom übrigen Deutschland, die in der ganzen Periode seiner kapitalistischen Entwicklung bestand, und das Eigenleben unter

besonderen Verhältnissen, ohne daß es unter der Herrschaft einer anderen Nation lebte, seine Entwicklung zu einer besonderen Nation hervorrief.“

Ein drohender Anschluss Österreichs wäre ein entscheidender Schritt in den nächsten Weltkrieg und würde die Ausdehnung des „Dritten Reiches“ über weite Teile Europas wahrscheinlicher machen. Die KPÖ soll folglich die auf eine eigenständige nationale Entwicklung verweisenden Tendenzen in der österreichischen Bevölkerung stärken, sich mit österreichisch-patriotischen Kräften verbünden und versuchen, eine österreichische Volksfront zu schaffen. Eine Parteikonferenz in einem Prager Gasthaus, zu der Delegierte aus ganz Österreich anreisen, bestätigt diese Linie.

Während der Graben zu den Revolutionären Sozialisten kurzfristig noch tiefer wird, gelingt es der KPÖ in den letzten Monaten vor dem deutschen Einmarsch bis ins Regierungslager hinein Kontakte zu knüpfen und vor allem junge Leute, die im deutschen NS-Regime einen Rückfall in die Barbarei sehen, zu mobilisieren. Das Konzept einer breiten Volksfront scheitert letztendlich an der Kapitulation der austrofaschistischen Führung vor dem ökonomischen und militärischen Druck Hitler-Deutschlands.

Bundeskanzler Schuschnigg vertraut Österreich seinem Herrgott und die Regierungsgeschäfte seinem nationalsozialistischen Innenminister Seyß-Inquart an.

In Graz findet die letzte Anti-Hitler-Demo am 25. Februar 1938 statt. In Leoben demonstrieren noch am 11. März 3000 Menschen „für ein freies und unabhängiges Österreich“. Aber die „Volksfront“ aus KommunistInnen, Revolutionären SozialistInnen und konservativen Kräften findet zu spät zusammen. Es senkt sich über Österreich die politische Nacht...

# 1938–1945: Der größte Anteil an der Befreiung Österreichs

Während sich große Teile der Bevölkerung von der Propaganda des NS-Faschismus blenden und verführen lassen, wissen die österreichischen KommunistInnen, dass Hitler Krieg bedeutet, dass Hitler die massenhafte Vernichtung sogenannter „Volksfeinde“ plant, dass Hitler „unwertes Leben“ auslöschen will, dass Hitler tiefste Barbarei nach sich zieht. So wird die KPÖ in dieser Zeit zum Hauptgaranten für den Widerstand und bringt die größten Opfer für die Wiederentstehung eines demokratischen Österreich.

Wolfgang Neugebauer vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ beziffert den Anteil des kommunistischen Widerstandes in der Steiermark mit über 90 Prozent. Auch bei den illegalen Druckwerken sind 90 Prozent kommunistischen Ursprungs.

Dabei hat die Partei mit großen organisatorischen Problemen zu kämpfen: Es herrscht offener Terror gegenüber den Mitgliedern der KPÖ. Jüdische GenossInnen, die auf allen Leitungsebenen eine bedeutende Rolle spielten, können bei dem nun wütenden Antisemitismus kaum mehr in den illegalen Organisationen tätig sein. Die zentrale Parteileitung muss vorerst in die Tschechoslowakei, ab Ende 1938 nach Frankreich und Belgien und schließlich nach dem deutschen Überfall auf die Beneluxstaaten und Frankreich im Mai 1940 nach Moskau verlegt werden. Eine weitere Erschwernis ergibt sich durch

die Tatsache, dass die austrofaschistische Staatspolizei alle Akten der politischen Gegner an die deutsche Gestapo übergeben hatte. Und schließlich dürfen die zahlreichen Einberufungen zur Deutschen Wehrmacht nicht vergessen werden, die ebenfalls dazu beitrugen, dass die illegale Arbeit für einige Zeit lahmgelegt wurde.

Aber bereits im August 1938 wird eine Resolution des Zentralkomitees der KPÖ mit dem Titel „Der Kampf um die Befreiung Österreichs von der Fremdherrschaft“, getarnt in der Broschüre „Schmücke dein Heim!“ illegal in der nunmehrigen „Ostmark“ verbreitet.

### **Illegale Partearbeit in Graz und Umgebung**

Schon bald nach dem „Anschluss“ werden der Grazer Kesselschmied August Pirker sowie der Schneidergehilfe Ernst Mlakar beauftragt, die KPÖ und den KJV in Graz und Umgebung – wozu damals auch die gesamte Ost-, Süd- und Teile der Weststeiermark gehörten – wiederaufzubauen. Zurückgekehrt von der Internationalen Lenin-Schule in Moskau, beginnt Pirker nicht nur den Kontakt zur Auslandsleitung über Maribor aufzunehmen, sondern initiiert auch ein Netz von Betriebszellen, unter anderem auch im wichtigsten Rüstungsbetrieb, dem Steyr-Daimler-Puch-Werk. Mlakar hingegen widmet sich dem Neuaufbau des KJV in Graz und gewinnt den Weizer Alfred Mitterdorfer, der KJV-Zellen in seinem Heimatort gründet.

Doch schon am 26. September 1938 wurden über 40 Personen festgenommen, darunter das Leitungsmitglied Fritz Kreuzmann, der ein volles Geständnis ablegt, ab nun als V-Mann für die Gestapo arbeitet und unter anderem die Anlaufstellen der KPÖ und der „Revolutionären Sozialisten“ in Maribor verrät. Um nicht den Eindruck eines Verrates zu erwecken, beginnt die Gestapo mit der Verhaftungswelle von der Oststeiermark aus. So werden bis März 1939 alle eben erst aufgebauten Zellen der KPÖ zerschlagen. Pirker wird zu 15 Jahre Gefängnis verurteilt und wird 1943 zum Strafbataillon 999 nach Griechenland eingezogen, wo er am 14. September 1944 zu den griechischen Partisanen der ELAS überläuft.

### **Die Bezirksleitung in der Weststeiermark**

Im Frühjahr 1939 wird die Voitsberger Zelle um Franz Odert aufgerollt und verhaftet. Aber schon bald beginnt ein Neuaufbau unter dem Hilfsarbeiter Albin Kaiser, dessen Zellen im Juli 1941 schon 180 Mitglieder umfassten. Neun führende Funktionäre aus der Weststeiermark werden zum Tode verurteilt und am 30. September bzw. 7. Oktober 1942 in Wien hingerichtet.

### **Die illegale Partei in der Obersteiermark**

In Knittelfeld werden im Mai und Juni 1939 43 Aktivisten des von Alois Lew aufgebauten KJV wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen und zu Zuchthausstrafen verurteilt.

Im Bezirk Judenburg gehen 1939 nach der Festnahme von zahlreichen AktivistInnen die Verbindungen nach Wien und Graz verloren. Erst der Fohnsdorfer Hauptschullehrer Othmar Schraußner bringt wieder Flugschriften und Zeitungen wie „Der Rote Stoßtrupp“ mit. Im Februar 1941 werden Fohnsdorfer Mitglieder der Widerstandsgruppe verhaftet und 12 von ihnen zum Tode verurteilt, teilweise wegen einer Spende von 5 Reichsmark für die „Rote Hilfe“. Die Todesurteile werden teilweise in Zuchthausstrafen umgewandelt, wobei sechs Antifaschisten in Zuchthäusern bzw. im Strafbataillon 999 sterben. Othmar Schraußner sowie die Bergarbeiter Jakob Doff und Josef Ganzger und der Werkschmid Kajetan Wachter werden am 2. Dezember 1942 in Wien hingerichtet.

In Kapfenberg hat der 26-jährige Elektrotechniker Anton Buchalka eine große KPÖ-Organisation begründet, deren Netz von Widerstandszellen von Mürzzuschlag bis Leoben reichte. Am 30. Jänner 1940 werden rund um ihn etwa 250 Personen verhaftet. Buchalka wird am 10. Juni 1941 in Berlin-Plötzensee hingerichtet, weitere 18 Widerstandskämpfer aus Kapfenberg, Bruck, Thörl und dem Lamingtal sterben für Österreichs Freiheit. Rund 180 werden zu langen Zuchthausstrafen verurteilt.

### **Neubeginn in Graz**

Nach diesen Schlägen gegen die Partei reißt die Verbindung zur Auslandsleitung ab, sodass Herbert Eichholzer, der als Architekt in Ankara tätig ist, im Frühjahr 1940 in die Steiermark geschickt wird. In Graz hat sich bereits eine neue Landesleitung unter dem Schauspieler und Regisseur Karl Drews, dem Archivar Dr. Franz Weiß, dem Drucker Josef Neuhold und dem Kaminkehrer Anton Kröpfl konstituiert. Eichholzer stellt den Kontakt mit Wien her und bringt auch mehrere Druckschriften mit, die von Gertrude Heinzl, der Lebensgefährtin von Drews, vervielfältigt werden. Die Gruppe verfasst auch selbst Flugschriften, etwa über die NS-Euthanasie „Am Steinhof“ in Wien und „Am Feldhof“ in Graz.

Der eingeschleuste Gestapo-Spitzel Kurt Koppel lässt das gesamte Widerstandsnetz von Wien bis in die Steiermark auffliegen. In Graz, Frohnleiten, Übelbach, Fohnsdorf und in den weststeirischen Industrieorten um Voitsberg werden im Frühjahr 1941 einige Hundert Personen verhaftet, von denen 24 zum Tode verurteilt und im Sommer 1942 hingerichtet werden.

Unabhängig vom KJV tritt ab Herbst 1940 in Graz eine Gruppe von jugendlichen KommunistInnen in Erscheinung, die vom 21-jährigen Lehrer und Schriftsteller Richard Zach geleitet wird und die Flugschrift „Der Rote Stoßtrupp“ herausgibt. Zach wird „wegen Wehrkraftersetzung, Hochverrat und Lostrennung eines zum Reiche gehörigen Gebietes“ zum Tode verurteilt und am 27. Jänner 1943 in Berlin-Brandenburg hingerichtet. Andere Gruppenmitglieder wie

Elfriede Neuhold und Alois „Teddy“ Geschwinder werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

Mit der Leitung der KPÖ in Graz steht ab 1940 auch die vom ehemaligen Grazer Gewerkschafts- und Arbeiterkammersekretär Lorenz Poketz aufgebaute „Rote Gewerkschaft“ – Sozialisten und Kommunisten – in Verbindung. Gemeinsam mit Franz Strohmeier, Johann Stelzer und Johann Strasser initiiert Poketz Betriebszellen in Großbetrieben und kommunalen Einrichtungen. Ab Frühjahr 1942 verfasst Poketz selbst mehrere Flugblätter unter dem Titel „Der Rote Sturm“. Er wird von seinem Arbeitsplatz weg verhaftet und am 13. September 1943 in Graz hingerichtet. 19 Funktionäre und Zellenleiter werden ebenfalls in der nun neu errichteten Hinrichtungsstätte exekutiert, zwei in Wien. Die anderen erhalten lange Kerkerstrafen, wobei neun davon die Haft nicht überleben.

Auch um den Gendarmerie-Hauptwachtmeister Franz Hiebler aus St. Oswald bei Graz bildet sich eine Gruppe, die zahlreiche Flugblätter an die Bauern und Arbeiter der Steiermark richtet. Einige Überschriften lauten: „Was hat Euch der Faschismus versprochen?“, „Erinnerungen an Hitlers Erzählungen und Versprechen“, „Wie verhalte ich mich im Kampfe gegen das faschistische Terror- und Versklavungssystem“ oder „Wie kann ich trotz Gestapoterror eine Organisation aufbauen und führen?“ Am 4. August 1942 werden die führenden Köpfe dieser Gruppe, Franz und Adolf Hiebler, Josefine Fellingner, Wilhelm Maurer und Gottfried Raschl, verhaftet. Mit ihnen rund 250 Personen von Widerstandsgruppen in Mürzzuschlag, Kapfenberg, Bruck, Judenburg, Weiz und Graz. In der Landesleitung ist mit Karl Prazak ein eingeschleuster Spitzel gesessen.

Damit ist der zentrale Widerstand gebrochen und man orientiert sich auf sogenannte „Betriebszellen“, die sich besonders nach dem Überfall auf die Sowjetunion radikalisierten und mit Sabotageakten beginnen.

### **Sabotage als Arbeiterwiderstand**

Zwischen 17. Juni und 13. November 1941 werden im Bereich der Reichsbahndirektion Villach mehr als 200 Sabotageakte festgestellt. Es werden Brems- und Kupplungsschläuche zerstört, Gummiringe entfernt, Sand und Steine in Achslager gestreut oder – wie am 22. August 1941 in Selzthal – ein Knäuel brennender Putzwolle in einen mit Munition beladenen Waggon geworfen.

Als Folge werden 120 Eisenbahner festgenommen und 22 in Graz zum Tode verurteilt. Der Leiter der Knittelfelder Widerstandszellen, Heinrich Gärtner, stirbt bereits nach zwei Tagen Gestapohaft, sechs Mitstreiter werden hingerichtet.

Bei der Bahn in Leoben werden 32 antifaschistische Eisenbahner im Herbst 1941 verhaftet und elf im Jahr 1943 hingerichtet: unter anderem der Schaffner Johann König und der Bahnwärter Richard



Götzinger. Fünf Kollegen überleben die Haft nicht.

Auch Bergarbeiter am Erzberg leisten Widerstand, indem sie beispielsweise 10 bis 20 kg schwere Eisenstangen in die Zahnradstangen einlegen, ein Lager mit gestohlenem Sprengstoff anlegen und planen, die wichtige Verkehrsverbindung zwischen Leoben und Linz in die Hermann-Göring-Werke zu unterbinden. Die Bergmänner Martin Michelli und Johann Pech, der Baggerführer Siegfried Pichler und der Schlosser Alexander Soukup bezahlen dafür mit ihrem Leben. Martin Michelli in seinem letzten Brief: „Und wenn einer ein so ruhiges Gewissen hat und so richtig weiß, dass sein Leben nicht unnütz war, dann stirbt es sich leicht.“

### **„Gerechter unter den Völkern“**

Der spätere KPÖ-Landtagsabgeordnete Franz Leitner wird 1936 vom austrofaschistischen Regime wegen seiner Mitgliedschaft im illegalen KJV zu vier Monaten Haft und einer 15-monatigen Polizeistrafe verurteilt. Am 1. September 1939 wird er vom Nazi-Regime verhaftet und ins KZ Buchenwald verschleppt. In seiner ab Oktober 1943 zugeteilten Funktion als Blockältester des „Kinderblocks“ (Baracke 8) rettet er Hunderten jüdischen Kindern das Leben, unter ihnen der spätere aschkenasische Großrabbiner des Staates Israel und gegenwärtige Oberrabbiner der Stadt Tel Aviv, Israel Meir Lau. Dafür wird ihm 1999 von der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem der Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen. Leitner unterstützt auch aktiv die Befreiung der KZ-Häftlinge in Buchenwald durch die 3. US-Armee, bekannt durch den Roman von Bruno Apitz „Nackt unter Wölfen“.

### **Radikalisierung des Widerstandes – Die steirischen Partisanen**

Zu einem Wendepunkt für den kommunistischen Widerstand in der Steiermark kommt es mit der Gründung der „Österreichischen Freiheitsfront“ (ÖFF), über die auch Radio Moskau und BBC London berichten. Der Grundstein wird in Leoben im Juli 1942 gelegt. Jungkommunisten sammeln sich um den Schlosser Sepp Filz („Josch“), den Kriegsversehrten und Werkschulheimleiter Max Muchitsch („Ferdl“), den gerade aus der Haft entlassenen Anton Wagner („Tič“), den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Simon Trevisani und den Uhrmachermeister Ferdinand Andrejowitsch („Faust“), der schon 1919 der KPÖ beigetreten ist. Sein Haus steht ständig für konspirative Treffen zur Verfügung, er lässt sich von einem Holländer eine illegale Sendeanlage installieren und stellt die Uhren in der Auslage seines Geschäftes zur Warnung nach einem bestimmten Code.

Um einer drohenden Verhaftung zu entgehen, fliehen Filz und Wagner im April 1943 zu slowenischen Partisanen um Jesenice, wo sie sich beim Pokljuka-Bataillon im Partisanenkampf ausbilden lassen. Zurück in Leoben gelingt es ihnen, von Frauen unterstützt, verschie-

dene öffentliche Stellen – Gemeindeämter, Landratsamt, Eisenbahn, Heeresbauamt, Telegraphenam, Bezirksbehörden, aber auch das örtliche Wehrbezirkskommando – zu infiltrieren und eine sogenannte „Bodenorganisation“ zu schaffen, die die Freiheitskämpfer mit Informationen, Lebensmitteln und Waffen versorgt und ihnen Quartier gibt.

Im Herbst 1943 wird in der Flaschenschenke der „Mutter Edlinger“ in der Trofaiacher Krumpen eine Landesleitung der ÖFF gebildet, der Vertreter von Widerstandsgruppen aus dem Bezirk Leoben, aus Judenburg, Graz, Villach und Wien angehören und die im April 1944 eine Reihe von Flugschriften verbreitet, in denen die Strategie festgelegt ist:

1. Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich Waffengebrauchs gegen die faschistischen Okkupanten und ihre österreichischen Helfershelfer, die durch Betrug, Lüge und Ausnützung unserer Gutmütigkeit sowie durch Anwendung brutalsten Terrors uns aller Rechte beraubten und zu Sklaven einer faschistischen Herrenclique machten.
2. Errichtung eines freien, unabhängigen, demokratischen Österreichs, das mit allen Völkern in Freundschaft zu leben gewillt ist, jeden Rassen- und Nationalhaß bekämpft sowie Religions- und Meinungsfreiheit sichert.
3. Enteignung der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes sowie der faschistischen Institutionen, deren Verstaatlichung bzw. Aufteilung.“

Während auch in Judenburg eine Partisanengruppe unter Bruno Rauch („Harry“), Johann Schleich („Jonny“), Franz Mitterer und Karl Havlu aufgebaut wird, werden in Leoben, Kapfenberg und St. Michael militante Anschläge auf Eisenbahnanlagen verübt.

Am 22. Juni 1944 kommt es zu einem Feuergefecht am Achnertörl auf dem Thalerkogel, bei dem der Donawitzer Kesselschmied Silvester Heider („Wastl“) erschossen, der 19-jährige polnische Zwangsarbeiter „Schorsch“ erschlagen und Josef Trebouz aufgegriffen und in Graz hingerichtet wird. Zwei Tage später wird der an Scharlach erkrankte Johann Bachler aus dem Lamingtal festgenommen und ebenfalls hingerichtet.

Ein weiteres Mitglied der Gruppe, Peter Kapper, wird ebenfalls gefasst. Schon im Mai hat er seiner Lebensgefährtin in Vorahnung folgende Zeilen hinterlassen:

„Ich gehe diesen letzten Weg, weil ich ihn gehen muss... Es wird einmal die Stunde kommen, unter welcher unter den Fanfaren der Freiheit alle, die unter diesem Faschismus ihr Leben für Freiheit, Gleichheit und wirklichen Sozialismus gaben, als Mahnmal und Wegbereiter einer kommenden Zeit auferstehen werden. Dann rufe auch du meinen Namen und klage an... So wie ich dieses Regime verfluche, ist es doch das einzige, was ich noch tun kann, unser baldiges Ende steht ja so bevor.“

Der Gestapo-Außenstelle Leoben unter dem aus Graz versetzten Chef des „Kommunistenreferats“ Johann Stelzl gelingt es, den Partisanen Franz Meßner-Haslinger zu verhaften. Er kann dem brutalen Verhör nicht standhalten und stellt sich als Spitzel zur Verfügung. Dies führt unmittelbar zur Ermordung des Bahnschlossers Johann Krenn („Albert“) in einer Judendorfer Wohnung und schließlich zur Aufdeckung des gesamten Unterstützungsnetzes. Simon Trevisani schneidet sich nach einem Folter-Verhör die Pulsadern auf und verblutet. In mehreren Verhaftungswellen werden im Sommer 1944 etwa 500 Arbeiter, Bauern, Frauen und Mädchen der Bodenorganisation verhaftet. 44 werden nicht überleben.

Die Partisanen der Berge sind nun von ihrem Hinterland abgeschnitten und müssen sich in unwegsames Gelände zurückziehen, um den Winter zu überstehen. Sie können auch hier auf ein dichtes Netz von Stützpunkten im Hochschwabgebiet, in den Eisenerzer und Ennstaler Alpen sowie im Steirischen Randgebirge zurückgreifen. Ob es nun der Haindlkar-Hüttenwirt und Bergführer Simon Burkhard ist, der Donawitzer Schulwart Roman Cebaus, der „Rahm Vater“ in der Zölz, die Familie Loidl in Hiefalau, die in ihrem Gasthaus einen Abziehapparat beherbergt, die Bauern Schlager in St. Michael und Judmayer im Tollinggraben, die Keuschlerfamilie Lengger in Tragöß, der Forstarbeiter Ludwig Hartl aus der Rötz, der von der Gestapo ermordet wird, die 13-jährige Maria („Mitzel“) als Nachrichtenkurierin, oder die „Gräfin“, eine Adelige auf der „Hohen Rötz“, oder ob es die Eisenerzerin Milli Deutsch ist, die in ihrer Wohnung die junge Partisanin Mitzi Pölzl versteckt (literarisch verewigt in Franzobels Theaterstück „Prinzessin Eisenherz“) – alle riskieren sie ihr Leben für den österreichischen Freiheitskampf.

Dennoch gibt es weitere Rückschläge: Am 1. Dezember 1944 wird in einer zu einem Bunker ausgebauten Felshöhle eine Gruppe entdeckt. Der Tragösser Keuschlersohn und Deserteur Heinrich Kohnhauser („Heina“) wird nach der Entwaffnung aus kurzer Distanz ermordet, Sepp Filz lebensgefährlich verletzt. Das letzte Opfer sollte am 9. Mai 1945, also einen Tag nach Kriegsende, der Eisenerzer Franz Lindmoser („Lipp“) sein, der mit Toni Wagner mit einer Beiwagenmaschine nach Leoben zu einem Treffen der ÖFF unterwegs ist. In der Nähe der Lorenzi-Kirche in Vordernberg eröffnet eine marodierende SS-Einheit mit Panzerfahrzeugen das Maschinengewehrfeuer. Lindmoser und Wagner werden schwer verwundet. Wagner, getreten von NS-Stiefeln, stellt sich tot und kann im Spital gerettet werden, Lindmoser erliegt seinen schweren Verletzungen.

### **Die „Kampfgruppe Avantgarde“**

Während die Partisanengruppe im Bezirk Leoben die einzige militärisch operierende Widerstandseinheit in Innerösterreich dar-

stellt, ist auch die „Kampfgruppe Avantgarde“, die unter dem Namen „Kampfgruppe Steiermark“ oder „Koraln-Partisanen“ bekannt ist, auf heutigem österreichischen Staatsgebiet mit bewaffnetem Widerstand aktiv.

Diese Formation wird, nachdem sich die im Moskauer Exil befindliche Führung der KPÖ mit Vertretern der jugoslawischen KP über die Bildung österreichischer Kampfverbände verständigt hatte, im Sommer 1944 von der sowjetischen Luftwaffe in das befreite Gebiet um Crnomelj in Slowenien ausgeflogen. Am 17. September 1944 überschreitet die Gruppe in Begleitung von fünf slowenischen Partisanen die alte österreichische Grenze. Ursprünglich besteht sie aus 17 österreichischen kommunistischen Emigranten sowie aus zwei Spaniern, zwei Italienern und drei Russen.

Das Mitglied Walter Wachs berichtet von den ersten Kontakten auf österreichischem Boden:

„Diese ersten Zusammenkünfte mit unseren Landsleuten bedrückten uns sehr. In den meisten Fällen nahmen sie unsere Anwesenheit teilnahmslos hin... Ein armer Keuschler und Holzfäller hoch oben im Gebirge ging in tiefer Dunkelheit mehrere Stunden hinab ins Tal, um uns zu denunzieren.“

Nach schweren Verlusten auf der Sau- und der Koraln muss man sich der Lackov-Einheit der „Osvobodilna Fronta“, der slowenischen Befreiungsfront, anschließen.

Erst in den letzten Wochen des Krieges trennt man sich von den slowenischen Partisanen, nimmt viele Deserteure auf und wächst zu einer mächtigen Einheit an, die ab April 1945 Teile des Koralmgebietes kontrolliert und am 8. Mai 1945 in den weststeirischen Orten Schwanberg und Deutschlandsberg die Macht übernimmt.

### **Die „Steirische Kampfgemeinschaft“**

Diese Gruppierung wird um die Jahreswende 1944/45 von zwei Deserteuren gegründet: vom Grazer Maschinenschlosser und Kommunisten Ferdinand Kosmus und dem Grazer Baustoffhändler Josef Mayer. Dazu kommt noch Hans Müller, der Sohn des Kaufhauses „Moden Müller“. Im Keller des Geschäftslokals in der Murgasse finden die konspirativen Beratungen statt, bei denen man Kontakte zu allen großen Grazer Betrieben herstellt. Über Müller und Hermann Wabnegg gelingt es auch, eine Verbindung ins Polizeirevier und ins Wehrbezirkskommando aufzubauen. So organisiert man neben Waffen und Munition auch Ausweispapiere für Fahnenflüchtlinge.

Schließlich nimmt man auch Kontakt zu Oberst Oskar Leonhardt auf, dem Kommandeur des Festungsabschnitts Graz und Umgebung, der mit der Sprengung der Grazer Brücken betraut wurde. Die bereits am 6. Mai scharf gemachten Brücken können so gerettet werden. Kurz vor Kriegsende übernimmt die „Steirische Kampfgemeinschaft“ in verschiedenen Grazer Betrieben die Macht und sichert sie vor

Zerstörung in den letzten Kriegstagen durch die Nazis. In der Nacht vom 8. zum 9. Mai fahren Mitglieder der Gruppe als Parlamentäre zu den vor Graz liegenden Sowjets und verhandeln über eine gewaltlose Übergabe der Stadt Graz.

### **Die Hartberger „Gruppe Pfeiler“**

Diese Widerstandsbewegung wird ebenfalls von Deserteuren gegründet und sammelt sich im Herbst 1944 um den aus Pongrazen bei Hartberg stammenden Landarbeiter Gustav Pfeiler. Als auch ehemalige Volkssturmmänner dazu stoßen, wächst die Gruppe bis auf 280 Mann an. Die spektakulärste Aktion der „Gruppe Pfeiler“ ist die Sprengung von drei außerhalb von Penzendorf abgestellten Flugzeugen am 18. März 1945. Gestapo und SS verhaften zahlreiche Bauern aus den kleinen Gemeinden rund um Hartberg. 13 von ihnen wurden am 4. Mai im Stadtpark von Hartberg erschossen oder am Hauptplatz aufgehängt. Weitere Mitglieder der Gruppe werden von sich zurückziehenden SS-Einheiten mitgenommen und am 7. und 8. Mai ermordet.

### **Kleinräumige Partisanenaktivitäten**

Lokale Bedeutung haben Widerstandsgruppen in Eibiswald/Pölfing-Brunn unter Fritz Krامل und im Gleinalm-Mugel-Gebiet um den Niklasdorfer Stephan Schröcker, der zum Tode verurteilt aus der Haft entwichen ist.

### **Partisanengruppe „Willy / Fred“**

Von großer Bedeutung sind schließlich die „Salzkammergut-Partisanen“. Leiter ist der kommunistische oberösterreichische Ex-Spanienkämpfer Sepp Plieseis. Als Kommandozentrale und Basislager dient der von den Nazis nie entdeckte sogenannte „Igel“ im Toten Gebirge. Im Salzbergwerk von Altaussee werden vom NS-Regime unersetzliche aus ganz Europa gestohlene Kunstschätze – darunter auch der Genter Altar – eingelagert. Sie sollten auf Weisung von Gauleiter August Eigruber gemäß der Nazi-Strategie der „Verbrannten Erde“ zuletzt noch vernichtet werden. Gemeinsam mit Salinenarbeitern und Beamten können am 4. Mai noch acht Fliegerbomben aus dem Berg geschafft werden. Im steirischen Altaussee versteckt sich in den letzten Kriegstagen neben dem Wiener Gauleiter Baldur von Schirach und SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann auch der Gestapo-Chef Ernst Kaltenbrunner mit seiner Geliebten. Durch eine List der antifaschistischen Bergleute kann er schließlich auf der Wildenseehütte an die Amerikaner übergeben werden.

### **Bleibendes...**

Österreichische und besonders auch steirische KommunistInnen haben in den letzten Kriegstagen so Entscheidendes geleistet, dass

die bürgerlichen Medien und bürgerliche Historiker diese Tatsache viele Jahre verschweigen wollten und sie heute noch nur halbherzig einräumen:

So wird am 7. Mai 1945 in Radmer als erstem Ort in der Steiermark im Namen des Eisenerzer Aktionskomitees das Standrecht proklamiert, die rot-weiß-rote Fahne weht von allen Häusern, Lautsprecher informieren die Bevölkerung. Den Freiheitskämpfern Selenko und Scheiber gelingt es, die 1. Kompanie des Volkssturms zur Kapitulation zu zwingen. Auch in Hiefalau wird die Exekutive auf die Republik Österreich vereidigt. In Eisenerz kann die von den Nazis bereits vorbereitete Sprengung von wichtigen Gebäuden vereitelt werden. Ebenso gerettet werden die Brücken und die Großbetriebe von Graz. Auch in Knittelfeld besetzen 200 Kommunisten und Sozialisten die öffentlichen Gebäude und leiten mit Hilfe von abgesprungenen Fallschirmagenten des britischen Geheimdienstes die Übergabe des Flughafens Zeltweg in die Wege.

Am 8. Mai 1945 erscheint Sepp Filz mit seinen Mitstreitern bewaffnet im Hüttenwerk Donawitz, um es im Namen der neuen demokratischen Republik zu übernehmen.

Direktor Bernhard Matuschka erinnert sich eineinhalb Monate später im „Obersteirischen Tagblatt“:

„Herzlich begrüßt vom Werksdirektor und Werkssekretär, die wir zur Erfüllung unserer Pflicht auf unseren Posten geblieben waren, traf Sepp Filz sofort wichtige Entscheidungen. Es wurde beschlossen, den Werkschutz aufzulösen, und seine Waffen wurden unverzüglich den Kämpfern der Österreichischen Freiheitsfront übergeben. Dadurch wurde es den Freiheitskämpfern ermöglicht, die Eroberung der Polizeidirektion sowie die der anderen Behörden von Leoben durchzuführen, was zur Folge hatte, daß die Ruhe und Ordnung sowohl im Werk als auch im Gebiet der Stadt Leoben aufrechterhalten worden ist, bis die siegriechen Truppen der Roten Armee in unserer Stadt einzogen.“

Man hatte zuvor bereits in Erfahrung gebracht, dass nach dem Willen des Stadtkommandos der SS die Donawitzer Hochöfen gesprengt werden sollten. Dieses Vorhaben hätte sich mit Hitlers Befehl vom 19. März 1945 („Nero-Plan“) gedeckt, wonach alle „Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes zu zerstören“ seien.

Noch am 8. Mai 1945 bilden die nicht-nationalsozialistisch ausgerichteten Parteien, SozialistInnen, Christlich-Soziale und KommunistInnen, einen „Dreier-Ausschuss“, der in der unmittelbaren Folgezeit die provisorische Verfügungsgewalt im Bezirk ausüben sollte und als Tageszeitung das „Obersteirische Tagblatt“ in einer Auflage von 35.000 Stück herausgibt.

Mit der „Moskauer Deklaration“ der Alliierten vom 30. Oktober

1943 hatte der österreichische Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein völlig anderes Gewicht bekommen: Das wiedererstandene Österreich würde daran gemessen werden, was es selbst zur eigenen Befreiung beigetragen hat. Bei den Staatsvertragsverhandlungen wurde übrigens wieder daran erinnert werden.

Sogar Robert Menasse hält in einem seiner frühen Essays dazu mit Blick auf Alfred Klahrs Schriften zur österreichischen Nation und den Widerstandskampf der KPÖ fest: „So bizarr es in dieser notwendigen, aber die Wahrheit keineswegs verfälschenden Verkürzung klingt: Die Existenz einer freien, unabhängigen, zweiten österreichischen Republik ist das genuine Ergebnis einer geglückten praktischen und theoretischen Anstrengung der österreichischen Kommunisten.“

Als KPÖ Steiermark wollen wir stets das Andenken daran hochhalten, dass die Mitglieder der KPÖ zu den entschiedensten Kämpfern für die Freiheit Österreichs von Faschismus und Krieg gehörten. Unvergessen sind dabei ganz besonders die tausenden österreichischen KommunistInnen, die vom Nazi-Regime für ihren Kampf für Freiheit, Frieden und Sozialismus ermordet wurden.

# 1945–2018: Die KPÖ Steiermark in der Zweiten Republik

Von den hundert Jahren der KPÖ-Geschichte fallen 73 Jahre in die Zeit nach 1945. Seit dem Ende des Realsozialismus in Osteuropa sind bereits 29 Jahre vergangen. Das ist eine längere Periode als die 27 Jahre zwischen 1918 und 1945.

Die Geschichte unserer Partei in der Steiermark während dieser Zeit ist eine Geschichte enttäuschter Hoffnungen, des Verlustes von Positionen und Einfluss, der selbstlosen Interessenvertretung von arbeitenden Menschen und Pensionisten und schließlich des erfolgreichen Versuches, unter ungünstigen Bedingungen eine Partei für das tägliche Leben und für die großen Ziele der Arbeiterbewegung zu werden.

## **Verantwortung in schwerer Zeit**

Die Steiermark wurde am 8. Mai 1945 befreit. In den ersten Wochen war der Großteil unseres Bundeslandes Teil der sowjetischen Besatzungszone. Für die KPÖ bedeutete dies, dass ihre Aktivistinnen und Aktivisten von einem Tag auf den anderen aus der Illegalität in verantwortungsvolle Positionen auf Gemeinde- und Landesebene kamen. In der Obersteiermark übernahm die Österreichische Freiheitsfront (beispielsweise in Leoben oder Eisenerz) die Regierungsverantwortung und setzten wichtige Schritte für die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, den Beginn des demokratischen Lebens



und zur Bestrafung der faschistischen Verbrecher.

In Graz kam es zur Bildung einer provisorischen Landesregierung und eines Magistrates der Landeshauptstadt. Auch hier kam es wie in Wien zu einer drittelparitätischen Zusammensetzung der Gremien. Sie wurden von SPÖ, ÖVP und KPÖ gebildet. Viktor Elser als Landeshauptmannstellvertreter, Ditto Pölzl und Raimund Bachmann vertraten die KPÖ in der Landesregierung. In Graz war Johann Janeschitz der erste KPÖ-Bürgermeisterstellvertreter, Josef Kovacic hatte als Wohnungsstadtrat eine besondere Verantwortung und sorgte für eine gerechte Verteilung des Wohnraums. Ing. Franz Huihammer war für das Bauwesen zuständig.

Auch die Partei schuf rasch eine provisorische Leitung.

Ihr gehörten – wie aus einem Bericht an das ZK der KPdSU hervorgeht – „Alfred Marchl – der Parteisekretär (...), Maier und Kosmus – die Anführer der steirischen Kampfgemeinschaft – Aigner und Elser – örtliche Gewerkschaftsführer, die von den Sozialdemokraten zu den Kommunisten übertraten“ an. „Der Kontakt mit Wien wurde nach dem Besuch einer vom Sekretär des ZK der KPÖ, Fürnberg, angeführten Gruppe, am 12. Mai hergestellt.“

Im Mittelpunkt der Arbeit der Partei stand die Lösung der dringenden Aufgaben. Ausgehend von den Beschlüssen des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, gestützt auf ein 1944 von der Exilführung der Partei erarbeiteten Orientierung mit dem Titel „Auf zum Kampf für die Freiheit und Wiedergeburt Österreichs“ und auf die Aussagen der Österreichischen Freiheitsfront trat die KPÖ für den Zusammenschluss aller antifaschistischen Kräfte für den Wiederaufbau Österreichs und für die Ausmerzung der Grundlagen des Faschismus ein. Dazu gehörte auch die Forderung nach Verstaatlichung des deutschen Eigentums, insbesondere der Stahl- und Eisenindustrie in der Obersteiermark. Der unmittelbare Übergang zum Sozialismus stand nicht auf der Tagesordnung.

Die Mitgliederzahl der Partei stieg sprunghaft an. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte war die KPÖ eine legale Partei mit Masseneinfluss, die mit ihren Positionen im Land und in den Gemeinden Entscheidungen treffen konnte, die von Bedeutung für das Leben vieler Menschen waren.

Bereits Ende Juli 1945 änderte sich die Lage grundlegend. Die Steiermark gehörte nun zur britischen Besatzungszone. Auch die Zusammensetzung der Regierung änderte sich. SPÖ und ÖVP dominierten, der Einfluss der KPÖ wurde zurückgedrängt. Die Wahlen vom 25. November 1945 brachten eine Entscheidung über den weiteren politischen und gesellschaftlichen Weg Österreichs und der Steiermark. Die ÖVP erzielte bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit, die KPÖ kam lediglich auf 5,39 Prozent der gültigen Stimmen und 2 Mandate. Das gleiche Bild bot sich in Graz, wo die KPÖ ebenfalls nur 2 Mandate erreichte.

Die KPÖ wurde in der Steiermark zur Oppositionspartei. Das Ziel einer antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung erwies sich als unrealistisch. Statt dessen kam es zu einer Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse.

Wer waren die Menschen, die 1945 für die steirische KPÖ Verantwortung übernahmen ?

**Alfred Marchel** (1904–1992) war bereits in der Ersten Republik Aktivist der KPÖ gewesen und arbeitete zuerst als Verantwortlicher des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV) und anschließend für die Partei im Bezirk Graz. Als Verantwortlicher für eine Bewegung, die sich gegen Wohnungsräumungen in der Stadt und Zwangsversteigerungen auf dem Land sowie gegen das sogenannte „Bauernlegen“ wehrte, konnte er zu Beginn der Dreißigerjahre Erfolge erzielen. In der Zeit des Austrofaschismus und gegen die Nazis leistete er illegale Arbeit, von Beruf war er Dreher. Nach 1945 war er bis 1951 Mitglied der Landesleitung und Leiter der Gewerkschaftsabteilung der steirischen KPÖ.

**Viktor Elser** (1893–1979) war von 1919 bis 1934 als Sekretär der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft beschäftigt. Von 1924 bis 1934 war er Vizebürgermeister in Köflach und ab 1926 SPÖ- Abgeordneter zum Steiermärkischen Landtag . 1938 trat Elser zur KPÖ über. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm Elser vom 20. Mai 1945 bis zum 28. Dezember 1945 das Amt des Landeshauptmann-Stellvertreters in der Steiermark, danach war er vom 19. Dezember 1945 bis zum 8. Juni 1956 Abgeordneter der KPÖ zum Nationalrat, wo er als Experte für Sozialpolitik und Sozialversicherung auftrat. Zwischen 1945 und 1950 war er auch Landesobmann der steirischen KPÖ.

### **Aktiv – und ausgegrenzt**

Die Hoffnungen auf einen Übergang zu einer gerechteren Gesellschaftsordnung waren enttäuscht worden. Mehr noch: Die KPÖ wurde auch in der Steiermark sehr schnell ausgegrenzt, ihre Mitglieder wurden diskriminiert, ihre Initiativen und Vorschläge nicht aufgegriffen. Hauptgrund dafür war der militante Antikommunismus, der von oben geschürt wurde und in der Bevölkerung mit großer Mehrheit aufgegriffen wurde. Diese Situation verschärfte sich im „Kalten Krieg“, sie hat aber weiterhin Bestand. Was sind die Ursachen dafür?

Um das alles zu verstehen, darf man nicht nur auf unser Land schauen. Seit 1917 existierte ein Gegenentwurf zum Kapitalismus nicht nur in den Köpfen fortschrittlicher Menschen. Auf einem Sechstel der Erde, in der Sowjetunion, regierte eine Partei mit dem Anspruch, Schritt für Schritt den Sozialismus und den Kommunismus zu verwirklichen. Die KPÖ war ein Teil der kommunistischen Weltbewegung, zuerst im Rahmen der straff organisierten Kommunistischen Internationale, seit 1943 als organisatorisch selbständige Partei, die sich die strategischen und taktischen Vorgaben der KPdSU zu eigen

machte. Nach der Befreiung 1945 war das Ansehen der Kommunisten weltweit auf einem Höhepunkt. Das zeigen die Wahlergebnisse in den Ländern Westeuropas, vor allem aber die Umwandlung vieler Staaten Osteuropas zu Volksdemokratien und der Sieg der Revolution in China (1949) machte die Annahme, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab in eine entscheidende Phase treten würde, nicht unrealistisch.

Die kapitalistischen Staaten unter Führung der USA reagierten darauf mit einer Doppelstrategie: Auf der einen Seite mit Hochrüstung und dem Ziel der Eindämmung des Kommunismus, auf der anderen Seite mit sozialen Zugeständnissen. Wie schon nach der Revolution 1918 gab es eine Ausweitung von Sozialleistungen, die soziale Sicherheit der Mehrheit der Bevölkerung schien gegeben zu sein, der Lebensstandard stieg deutlich an, die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zu Krisen schien gebrochen zu sein.

Diese äußeren Ursachen für die Isolierung der KPÖ können die Stagnation und den Rückgang ihres Einflusses aber nicht völlig erklären. Es gab auch innere Ursachen. In Sowjetrußland hatten sich die Kommunisten in einem grausamen Bürgerkrieg gegen die Feinde des gesellschaftlichen Fortschritts durchgesetzt. Dabei gerieten die politische und die innerparteiliche Demokratie in den Hintergrund. Die Fraktionskämpfe in der Partei hatten zum Ergebnis, dass schließlich Kommandomethoden die Überhand gewannen und eine ehrliche Debatte über Grundfragen der Entwicklung nicht mehr möglich war. Die Siege der Gruppe um J.W. Stalin in diesen Kämpfen um die Industrialisierung des Landes und um die Kollektivierung der Landwirtschaft schufen die Grundlagen für eine extensive Entwicklung der Gesellschaft, legten aber gleichzeitig die Keime für Widersprüche, die in einer späteren Etappe eine intensive Entwicklung der Gesellschaft behinderten. Die Tatsache, dass letztlich die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit für den Sieg des Sozialismus entscheidend ist, wurde missachtet.

Verschärft wurde das alles durch die negativen Eigenschaften der Person Stalins. Die sowjetische Bevölkerung hatte im Zweiten Weltkrieg große Opfer für die Befreiung der Welt vom Faschismus gebracht. Zuvor und auch danach musste sie aber auch große Opfer bringen, weil sie der Willkür des Generalsekretärs und seines inneren Kreises ausgesetzt war.

Dieses System wurde auch in den volksdemokratischen Ländern übernommen und führte auch dort zu Deformationen des gesellschaftlichen Lebens.

Nach dem Tod Stalins kam es zu Korrekturen. Diese führten aber immer mehr zu einer stärkeren Anpassung an den Westen, was sich auch in der Verschuldung der sozialistischen Länder ausdrückte. Die Krisen in der DDR (1953), Ungarn (1956), der CSSR (1968) und in

Polen (1956, 1970 und 1980) führten nicht zu einer Erneuerung des Sozialismus auf seiner eigenen Grundlage.

Auch die Konflikte in der Kommunistischen Weltbewegung (1948 mit Jugoslawien, 1963 mit China und in den 1970ern die Auseinandersetzungen um den Eurokommunismus) waren Krisenerscheinungen.

In den sozialistischen Ländern bekämpfte man aber – auch mit Gewalt – lediglich die Symptome ohne zu einer Analyse der Ursachen für diese Entwicklung zu gelangen. Deshalb gelang es den bei uns Herrschenden, die Rückkehr zum Kapitalismus in den sozialistischen Ländern als Befreiung und Demokratisierung darzustellen. Der Antikommunismus schien durch die Entwicklung bestätigt zu werden.

Die Jahrzehnte seit dem Sturz der realsozialistischen Systeme widerlegen diese Behauptung. Die Entwicklung zeigt, dass die grundlegenden Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderer Theoretiker weiterhin gültig sind und dass es notwendig ist, den Kapitalismus zu überwinden.

Der Beginn des Kalten Krieges führte bei uns nicht nur zur Ausgrenzung der KPÖ. Auch die Leistungen und Opfer der Kommunistinnen und Kommunisten im Kampf gegen die Nazis wurden verdrängt und verschwiegen. SPÖ und ÖVP traten in einen Wettlauf um die Stimmen der Ehemaligen ein und integrierten sie in ihre Reihen, die Abrechnung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus wurde eingestellt. Eine besondere Verantwortung für diese Entwicklung trug in der Steiermark die Führung der ÖVP unter Landeshauptmann Josef Krainer und Parteisekretär Franz Wegart. Aber auch die SPÖ machte dabei mit. Das hatte zur Folge, dass der Verband der Unabhängigen (VdU – Vorläuferpartei der FPÖ) als Sammelbecken der Nazis bei den Wahlen 1949 in der Steiermark fast 15 Prozent der gültigen Stimmen erreichte.

Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts führte die Beharrlichkeit der AntifaschistInnen und die Arbeit fortschrittlicher HistorikerInnen allmählich zu einem Umdenken. Die Leistung der Widerstandskämpfer fand offizielle Anerkennung. Einige von ihnen arbeiteten als ZeitzeugInnen, um die heranwachsende Jugend über die Ursachen und Folgen des Faschismus zu informieren.

Zu ihnen gehörte auch **Maria Cäsar** (1920–2017). Maria Cäsar wurde am 13. September 1920 in Prevalje, Slowenien, geboren und verbrachte ihre Kindheit in Judenburg, wo ihr Vater als Arbeiter im Stahlwerk beschäftigt war. Politisch war sie zunächst bei den Roten Falken, nach dem 12. Februar 1934 beim Kommunistischen Jugendverband (KJV) aktiv

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde sie am 23. Mai 1939 von der Gestapo verhaftet und 14 Monate lang im Landesgericht Graz in Untersuchungshaft festgehalten. Als 1944 politische MitstreiterInnen verhaftet wurden, versteckte sie sich bei Verwandten in Slowenien.

1950 zog sie von Judenburg nach Graz und leistete als Mitglied der KPÖ-Betriebsleitung Graz, der KPÖ-Landesleitung Steiermark und auch des Zentralkomitees der KPÖ wichtige Beiträge zur Entwicklung der Partei.

### **Wendepunkt Oktoberstreik**

Österreich war in vier Besetzungszonen geteilt. Seine staatliche Zukunft war ungewiss. Ein großer Teil der Bevölkerung lebte in Armut. Im Einvernehmen mit den westlichen Besatzungsmächten strebten die Regierungsparteien ÖVP und SPÖ an, das Land in die NATO zu führen. Die Kosten für den Wiederaufbau sollten zu einem großen Teil von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden.

Die KPÖ stellte sich diesen Plänen entgegen. Sie war in der Nachkriegszeit in vielen Industriebetrieben (vor allem in der Obersteiermark und im weststeirischen Kohlrevier, aber auch in Graz) fest verankert, hatte starke Positionen in vielen Gemeinden und verfügte vor allem über ein großes Netz an Betriebs- und Ortsorganisationen. Sie war eine Mitglie­derpartei, deren Stimmenzahl bei allgemeinen Wahlen manchmal nicht viel größer als ihre Mitgliederzahl war. Anders war das auf lokaler Ebene, wo angesehene KPÖ-Aktivisten sehr erfolgreich waren.

Von Anfang an trat die Partei für die Einheit Österreichs und für die Neutralität unseres Landes ein. Heute wollen die herrschenden Parteien nichts mehr davon wissen, dass sie die Neutralität über viele Jahre hinaus ablehnten und als trojanisches Pferd des Weltkommunismus bezeichneten.

Auch die große Friedensbewegung gegen die Gefahr des Atomtodes, in der die KPÖ eine wichtige Rolle spielte, wurde von ihnen bekämpft. Trotzdem gelang es, in der Steiermark zehntausende Unterschriften für den Stockholmer Appell zu sammeln, der „das absolute Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung“ forderte.

Eine große Rolle spielte die steirische KPÖ auch in der Bewegung für die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie und der Banken. Es waren oft – wie in Donawitz – Kommunisten gewesen, die die Betriebe vor der Zerstörung durch die abziehenden Nazis gerettet hatten. Nach der Befreiung organisierten sie die Wiederaufnahme der Produktion.

Und sie fanden in der Arbeiterschaft große Unterstützung. In der Steiermark erreichten bei den Betriebsratswahlen 1947/48 kommunistische Einheitslisten in Gewerbe und Industrie 21,9 Prozent der Stimmen, in den industriellen Großbetrieben zwischen 30 und 35 Prozent, während hier auf die SPÖ 40 bis 45 Prozent entfielen. Kommunistische Betriebsratsmehrheiten gab es sogar in einigen Werksabteilungen der Alpine-Montan und im Steinkohlenbergbau Fohnsdorf.

Auch die Arbeiterkammerwahlen zeigten den Einfluss der Partei

auf diesem Gebiet. 1949 erzielte sie 9,3 Prozent der gültigen Stimmen und 11 Mandate in der Vollversammlung.

Die Listenbezeichnung Gewerkschaftliche Einheit (GE) war auch Ausdruck der strategischen Orientierung der Partei in vielen Bereichen. Man wollte die Einheit der arbeitenden Menschen gegen die Spaltungsversuche von SPÖ und ÖVP bewahren. Auch die Namen der befreundeten Organisationen zeigten dieses Bestreben: Freie Österreichische Jugend (FÖJ), Kinderland, Bund Demokratischer Frauen (BDF), Zentralverband der Pensionisten, Österreichischer Friedensrat. Dieser Anspruch konnte aber wegen der Ausgrenzung der Partei aber nicht umgesetzt werden.

Die KPÖ nutzte ihre Stärke in den steirischen Großbetrieben für zahlreiche Initiativen zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen: Die Forderungen nach einem 13. und 14. Monatsgehalt, nach mehr Urlaub und einem stärkeren Schutz der Schwer- und Nachtarbeiter wurden zuerst in Betrieben wie Donawitz, Kapfenberg oder bei Puch Graz erhoben.

Besonders stark war der Widerstand gegen die Lohn-Preis-Abkommen von Wirtschaftsvertretern und Gewerkschaft. Worum ging es dabei? Seit dem Ende des Weltkriegs hatte sich bis 1950 die Wirtschaft nicht nur normalisiert, sondern die Produktion übertraf in einigen Bereichen bereits den Stand von 1937. Demgegenüber betrug der Reallohn nur rund 50 Prozent von 1937. Ab Sommer 1947 wurden insgesamt fünf Lohn- und Preisabkommen geschlossen, die von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt wurden.

Diese regelten das Verhältnis von Löhnen und Preisen und dienten als Instrumente zum Bremsen der Lohnsteigerung und damit der Kaufkraft. Für die Arbeiterschaft bedeutete jedes Lohn-Preis-Abkommen sinkende Reallöhne, da die Preise den Löhnen „davonliefen“. Daher rief jedes dieser Abkommen auch Widerstand hervor.

Die größten Proteste gab es beim vierten Lohn-Preis-Abkommen 1950. Im September und Anfang Oktober kam es deshalb zu österreichweiten Streikaktionen, die von der KPÖ unterstützt und mitgetragen wurden. In der Steiermark legte zuerst die Belegschaft der Maschinenfabrik Andritz die Arbeit nieder. Es folgten die Puchwerke und Simmering-Graz-Pauker. Andernorts wurden lediglich erste Betriebsversammlungen abgehalten. Zu Arbeitsniederlegungen kam es auch in Donawitz. Ähnliche Szenen spielten sich am 26. September auch in Fohnsdorf, Kapfenberg, Voitsberg und Graz ab, wo die Maschinenfabrik Andritz, die Puchwerke, die Arlander Papierfabrik, die Juniorwerke, die Glasfabrik Gösting und zahlreiche kleinere Betriebe bestreikt wurden und rund 12.000 Arbeiter in einem Sternmarsch in die Stadt marschierten, um am Freiheitsplatz eine Kundgebung abzuhalten.

Nach einer Unterbrechung von einer Woche wurden die Streikakti-

onen am 4. Oktober wieder aufgenommen, brachen aber nach einem massiven Polizeieinsatz bald zusammen.

Ziele der Streikbewegung waren nach Auffassung der KPÖ die Durchsetzung der sozialen Forderungen und eine Neuorientierung des ÖGB.

Die Regierung und die rechten Gewerkschaftsführer stellten den Arbeitskampf aber als einen kommunistischen Putschversuch dar und setzten die Machtmittel des Staates und Streikbrecher gegen die Bewegung ein. Zahlreiche KPÖ-Aktivisten wurden aus ihren Gewerkschaftsfunktionen entfernt oder verloren ihre Beschäftigung in den Betrieben. Erst viele Jahrzehnte später wurde die Putschlegende vom ÖGB zurückgenommen.

Trotz des negativen Ausgangs schöpfte die Partei Hoffnung für die Zukunft. Beim ersten Wahlgang der Bundespräsidentchaftswahl am 6. Mai 1951 erzielte KPÖ-Kandidat Gottlieb Fiala, der wegen seiner Teilnahme am Streik als ÖGB-Vizepräsident abgesetzt worden war, 219.969 Stimmen (5,12 Prozent), das österreichweit beste Ergebnis in der Geschichte der KPÖ. In der Steiermark waren es 30.924 Stimmen.

### **Sozialpartnerschaft und Ausgrenzung**

Wie groß die Niederlage für eine kämpferische Arbeiterbewegung aber war, stellte sich bald heraus. Sie erleichterte nämlich die Herausbildung der Sozialpartnerschaft, die als Herrschaftsform des Kapitalismus in Österreich die gesellschaftliche Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus bestimmte. Die Führung der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer wurden als Sozialpartner völlig in das System integriert und gaben der Stabilität der Gesellschaft Vorrang gegenüber den Interessen der arbeitenden Menschen. Es ist nicht zu leugnen, dass es in dieser Zeit zu zahlreichen Verbesserungen und sozialpolitischen Reformen kam, das herrschende Profitsystem wurde aber nicht angetastet. Es wurde mit Hilfe von Organisationen der Arbeiterbewegung sogar effizienter gemacht. Institutioneller Ausdruck der Sozialpartnerschaft war die Schaffung der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen im Jahr 1957.

Die Niederlage im Oktober 1950 war für viele Kommunisten ein tiefer Einschnitt. Zwei Beispiele:

#### **Sepp Filz (1906–1994)**

Der Donawitzer Arbeiter trat 1922 der KPÖ bei. Der Februarkämpfer nahm am 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau teil. Nach der Okkupation Österreichs und dem Überfall auf die Sowjetunion war er an den Kämpfen der Partisanengruppe Leoben-Donawitz und 1945 entscheidend an der Rettung der Donawitzer Hochöfen beteiligt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war er Betriebsratsobmann in Donawitz, beteiligte sich am Oktoberstreik und wurde danach entlassen und fand nur in Niederösterreich eine neue Arbeitsstelle.

### **Alfred Setscheny** (1911–2006)

Der Grazer Arbeiter und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus stellte sich nach 1945 der Gewerkschaftsbewegung zur Verfügung, um als Sekretär der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft am Wiederaufbau der Betriebe mitzuarbeiten. Auch am Aufbau des österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gebietskrankenkasse und der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter wirkte er mit. Im Zusammenhang mit dem Oktoberstreik wurde er seiner Gewerkschaftsfunktion enthoben.

Im Jahr 1950 kam es auch zu einem Führungswechsel in der steirischen KPÖ. Viktor Elser gab die Funktion als Landesobmann ab, blieb aber im Nationalrat. Sein Nachfolger wurde der bisherige Bezirkssekretär in Leoben, Heribert Hütter.

### **Heribert Hütter** (1902–1986)

Als sozialdemokratischer Betriebsratsobmann bei Brigl&Bergmeister Niklasdorf nahm er am Aufstand der österreichischen Arbeiter am 12. Februar 1934 teil, trat danach der KPÖ bei, arbeitete bis 1938 illegal in Österreich, Exil in der Sowjetunion, Antifalehrer in Kriegsgefangenenlager Nr.165. 1950 bis 1956 war er Landesobmann der KPÖ Steiermark und nach der Pensionierung Mitglied der KPÖ-Bezirksleitung Graz.

Über die Geschichte der steirischen KPÖ in den Nachkriegsjahren kann nicht geschrieben werden, ohne auf die freiwillige Arbeit unzähliger Genossinnen und Genossen an der Basis hinzuweisen. So ist das Volkshaus der KPÖ in der Grazer Lagergasse vor allem durch Spenden und die unbezahlte Arbeit auf dem Gelände einer ehemaligen Lederfabrik errichtet worden. In ihr wurden die Büros der Parteiorganisationen und die Redaktion und Druckerei der Tageszeitung „Wahrheit“ untergebracht.

Die erste Nummer erschien am 28. Oktober 1945. Erster Chefredakteur war Willy Scholz. Ihm folgten in dieser Funktion Karl Schiffer, Rudolf Spitzer und Karl Mosheim. Im Jahr 1971 wurde aus ihr aus Einsparungsgründen ein Kopfblatt des Zentralorgans Volksstimme, bei der nur mehr 2 Seiten von der Steiermark aus gestaltet wurden.

In all diesen Jahren begleitete die Tageszeitung die Kämpfe der Arbeiterbewegung in der Steiermark und wurde ihrer Rolle als kollektiver Organisator gerecht.

Besonders wichtig war die Kolportage der Zeitung. Hunderte Aktivistinnen und Aktivisten verkauften Sonntag für Sonntag die „Wahrheit“, indem sie von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung gingen.

Nach der Einstellung der KPÖ-Tageszeitung Volksstimme konzentrierte sich die steirische KPÖ auf Betriebs- und Ortszeitungen, um die Position der KPÖ einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Nach dem Wiedereinzug in den Landtag 2005 wurde mit der Steirischen Volksstimme ein neues gesamtsteirisches Medium



geschaffen, das vierteljährlich erscheint.

Die freiwillige Arbeit blieb bis in die Gegenwart ein Markenzeichen der steirischen KPÖ, auch in Zeiten, als ein großer Parteiapparat finanziert werden konnte, vor allem aber nach 1989, als die bisherige materielle Grundlage in Form von Parteifirmen zusammenbrach.

Auch in den steirischen Bezirken schufen die Mitglieder der Partei mit der Hilfe von Spenden und durch freiwillige Arbeit Parteiheime, so in Leoben-Donawitz, Knittelfeld, Kapfenberg, Voitsberg und Mürzzuschlag.

Vor allem die Folgen der sowjetischen Intervention in Ungarn 1956 hatte sehr negative Folgen auf die steirische KPÖ. Ihre Isolation und Ausgrenzung nahm noch stärkere Ausmaße an. Die Mitgliederzahl sank dramatisch. Und in der Organisation kam es zu schweren inneren Auseinandersetzungen.

Die Wahl von Walter Fischer zum Landesobmann (1956) löste die Konflikte nicht. Der Bruder von Ernst Fischer war der erste Vorsitzende der steirischen KPÖ nach 1945, der von „außen“ kam.

**Walter Fischer** (1901–1978) war Sozialdemokrat, Redakteur der steirischen SPÖ-Tageszeitung Arbeiterwille und trat nach dem Februar 1934 der KPÖ bei. Von Beruf war er Arzt. 1936–1939 nahm er als Arzt am Kampf der Internationalen Brigaden gegen Franco teil. Im Moskauer Exil (ab 1939) arbeitete er bei Radio Moskau. Nach der Befreiung war er Sekretär der KPÖ-Parteileitung Favoriten, ab 1950 Leiter der Agrarabteilung des Zentralkomitees, 1956–1958 Landesobmann der steirischen KPÖ.

Wie schwer die Erschütterungen in der Partei waren, zeigte sich auch öffentlich: Der Landtagsabgeordnete Ditto Pözl und der Grazer KPÖ-Gemeinderat Franz Kramer traten aus der Partei aus. Und bei der Landtagswahl 1957 verlor sie erstmals ihr Mandat im Landtag. Bei der Nationalratswahl 1959 schied die KPÖ aus dem Parlament aus.

Auch die gesellschaftliche Entwicklung schien gegen die Kommunisten zu sprechen. Der Lebensstandard großer Teile der Bevölkerung stieg. Es gab keine Wirtschaftskrisen wie in der Zwischenkriegszeit.

Die Partei fand auf allgemeiner Ebene keine Antwort auf diese Herausforderung. In Betrieben und Gemeinden war dies aber anders: Einigen Kommunistinnen und Kommunisten gelang es, den Einfluss in ihrem Wirkungsbereich zu erhalten und manchmal auch zu erweitern, weil sie in engem Kontakt mit den Menschen standen und ihre Anliegen aufgriffen. Zwei Beispiele:

**Karl Russhem** (1931–2018) Der Sohn einer Donawitzer Arbeiterfamilie war dem Hüttenwerk Donawitz seit seiner Lehrzeit immer verbunden. 1950 wurde er wegen Teilnahme am Oktoberstreik entlassen und trat im selben Jahr der KPÖ bei. Nach einer kurzen Tätigkeit in der Zellulosefabrik Hinterberg wurde er wieder in Donawitz eingestellt, zuerst im Blechwalzwerk, sodann

bis zu seiner Pensionierung am Hochofen. Bereits 1956 wählten ihn seine Kollegen zum Betriebsrat, dem Karl Russheim bis zum Ausscheiden aus dem Hüttenwerk angehörte. Er war der Motor der Betriebsorganisation, die in Donawitz immer wieder sozialpolitische Initiativen entwickelte, die für ganz Österreich Bedeutung hatten.

**Ferdinand Kosmus** (1919–1981) Schon als Schlosser- und Dreherlehrling war der gebürtige Eggenberger in der illegalen KPÖ tätig. Als Werkmeister in der Waggonfabrik unterstützte er die Rote Hilfe. Gemeinsam mit Josef Mayer und seinem Bruder Walter Kosmus baute er die Steirische Kampfgemeinschaft auf. Nach der Befreiung 1945 war er Betriebsrat in der Maschinenfabrik Andritz, ehe er nach einer politischen Maßregelung 1953 Angestellter der KPÖ wurde. Er war u. a. Bezirkssekretär und Bezirksobmann der KPÖ Graz, zwischen 1958 und 1981 Gemeinderat der Stadt Graz und zwischen 1959 und 1969 Arbeiterkammerrat.

Auch Franz Voves sen. (Puchwerke Graz) und Hubert Buchmann (Fohnsdorf) sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Neuer Landesobmann der KPÖ wurde im Jahr 1958 Franz Leitner, Landessekretär Willi Gaisch. Unter ihrer Leitung gelang der Partei im Jahr 1961 der Wiedereinzug in den steirischen Landtag. Das Landtagsmandat nahm Franz Leitner wahr.

**Franz Leitner** (1918–2005) wurde in Wiener Neustadt geboren. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, am 1. September 1939, wurde Leitner als Kommunist verhaftet und ins KZ Buchenwald deportiert. In seiner ihm ab Oktober 1943 zugeteilten Funktion als Blockältester des „Kinderblocks“ (in dem bis zu 400 Kinder interniert waren, setzte er sich erfolgreich für bessere Haftbedingungen ein. Darüber hinaus rettete er zahlreichen jüdischen Kindern das Leben, wofür ihm 1999 der Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen wurde.

Leitner beteiligte sich im April 1945 – zwei Tage vor dem Eintreffen der amerikanischen Truppen – an der Selbstbefreiung der Häftlinge des Lagers Buchenwald. Ende Mai 1945 kam er wieder in Wiener Neustadt an und wurde dort sehr bald Bezirkssekretär der KPÖ. Ende 1946 wurde er Vizebürgermeister und ab 1950 Stadtrat von Wiener Neustadt. 1953 folgte er dem Ruf der Partei und übersiedelte nach Graz. Zuerst wurde er Landessekretär und 1958 Landesobmann der steirischen KPÖ.

Die steirische KPÖ trat auch in diesen Jahren für die Gleichberechtigung der Frauen ein und sah in der Frauenbewegung einen wichtigen Schwerpunkt. In den Leitungsgremien gab es aber nur wenige Frauen. Das entsprach dem gesellschaftlichen Klima der damaligen Zeit.

Der internationale Frauentag am 8. März wurde faktisch nur von der KPÖ begangen und war im gesellschaftlichen Bewusstsein kaum

vorhanden. Die Partei und der Bund Demokratischer Frauen traten auch in diesen Jahren gegen die Kriminalisierung gegen das Abtreibungsverbot ein und forderten gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Sie unterstützte die feministische Bewegung, die gleichzeitig mit der Studentenbewegung der späten Sechzigerjahre an Bedeutung gewann. Auch innerparteilich kam es in dieser Frage zu einem Umdenken. Immer mehr Frauen haben Leitungsfunktionen auf allen Ebenen inne.

Die Frauenarbeit in der steirischen KPÖ ist mit den Namen Maria Cäsar, Rosa Weber, Brigitte Krivec, Margitta Kaltenegger, Ulrike Taberhofer und Inge Arzon verbunden.

**Inge Arzon** (geb.1934) kam in Niederösterreich zur Welt und wuchs in der obersteirischen Bergarbeitergemeinde Fohnsdorf auf. Im Jahr 1950 trat sie der KPÖ bei. Anfang 1970er-Jahre kam sie nach Graz. In der Partei, im Bund Demokratischer Frauen und im Club der politisch Interessierten Frau war sie schon bald sehr aktiv und setzte sich mit großem Engagement für die Rechte der Frauen und der Bevölkerung ihrer Lebensumgebung ein. 1998 wurde sie in den Bezirksrat von Gries gewählt und war von 2003 bis 2013 Bezirksvorsteherstellvertreterin.

### **Das Ende der Nachkriegszeit**

In den Sechzigerjahren nahm die steirische KPÖ aktiv an der Solidaritätsbewegung mit dem Volk Vietnams und den Protesten gegen den faschistischen Militärputsch in Griechenland teil und beteiligte sich an der Friedensbewegung.

Diese Jahre markieren auch das Ende der Nachkriegsepoche in unserem Land. Damals bildeten sich der staatsmonopolistische Kapitalismus als Verbindung der Macht des Staates und der Macht der Monopole, wobei der Staat die Funktion einer „Herz-Lungen-Maschine für das Großkapital“ spielte, und die Sozialpartnerschaft als seine spezifische Herrschaftsform in Österreich heraus.

Gleichzeitig stieg das Unbehagen von großen Teilen der Jugend an den damaligen Zuständen an. Die Studentenbewegung war mit ihrem Höhepunkt im Jahr 1968 das Anzeichen gesellschaftlicher Veränderung. Einige Studierende entdeckten die Schriften von Marx, Engels, Lenin, Trotzki oder Mao und traten für eine sofortige Revolution ein, obwohl keine revolutionäre Situation gab.

Die SPÖ nutzte unter ihrem neuen Vorsitzenden Bruno Kreisky diese Situation aus. Als Regierungspartei setzte sie einige Reformen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung durch, vermied es aber, die Positionen des Kapitals anzutasten. Das führte bei Teilen der Arbeiterschaft und der Jugend zu einer Hinwendung zur KPÖ. Die Partei aber war durch die Folgen der Parteikrise nach den Ereignissen in der CSSR 1968 neuerlich geschwächt worden. Die KPÖ verlor im Jahr 1970 ihre Vertretung im Landtag.

In der ersten Hälfte der Siebzigerjahre gab es aber Stimmenzu-

wächse bei mehreren Wahlen. Bedeutender war der Zustrom junger Mitglieder. Im Aichfeld gelang es den rührigen Bezirkssekretären Leopold Pacher (Knittelfeld) und Karl Hirt (Fohnsdorf) junge Beschäftigte in der Verstaatlichten Industrie (z. B. Eduard Krivec, Peter Lorberau, Josef Kampl) zu gewinnen.

**Josef Kampl** (1950–2000). Der gebürtige Fohnsdorfer war Maschinenschlosser. Schon während seiner Lehrzeit im Judenburger Gußstahlwerk übte er die Funktion eines Jugendvertrauensrates aus. Damals war er noch in der Katholischen Arbeiterjugend aktiv. Anfang der 1970er-Jahre wandte er sich der KPÖ zu und hatte großen Anteil am Aufbau der Betriebs- und Kommunalpositionen im Aichfeld. Während seiner Tätigkeit in der Voest-Alpine Bergtechnik Zeltweg war er 27 Jahre Arbeiterbetriebsrat und auch mehrere Jahre Zentralbetriebsrat.

In Graz wandten sich ehemalige Mitglieder von SPÖ-Jugendorganisationen der KPÖ zu und halfen beim Aufbau der neuen Jugendorganisationen Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ) und Kommunistischer Studentenverband (KSV). Diese Entwicklung fand aber keine Entsprechung in der Gesamtgesellschaft.

Die Wahlergebnisse waren seit 1975 wieder ernüchternd, die Überalterung der Mitgliedschaft und der Rückgang der Mitgliederzahl hielten an. Der Aufstieg der Grünen als politischer Ausdruck des gewachsenen Umweltbewusstseins engte den Spielraum der KPÖ weiter ein.

Im Gegensatz dazu gelang es der Partei durch ihre aktive Teilnahme an der Friedensbewegung der Achtzigerjahre viele Kontakte zu gewinnen und zum Erfolg der großen Demonstrationen gegen die atomare Hochrüstung in Wien (1982 und 1983) bei.

In der Steiermark stand in dieser Zeit der Kampf gegen den Ankauf von Abfangjägern und ihre Stationierung in Zeltweg und Graz-Thalerhof im Vordergrund. Höhepunkt dieser Bewegung war die Menschenkette im Aichfeld am 15. Mai 1985 mit etwa 20.000 Teilnehmern.

Im Jahr 1979 wurde der bisherige Landessekretär Willi Gaisch zum Landesobmann der KPÖ gewählt. Landessekretär wurde der frühere Böhler-Betriebsrat Gerhard Valland aus Kapfenberg (bis 1990).

**Willi Gaisch** (1922–2009). Der Grazer stammte aus einer Arbeiterfamilie und hat das Tischlerhandwerk gelernt. Bereits 1936 trat er dem Kommunistischen Jugendverband bei und im Jahr 1938 – im Jahr der Annexion Österreichs – der KPÖ. Zweimalige Verhaftung und Verfolgung durch die Gestapo hielten Gaisch nicht ab, am antifaschistischen Widerstand teilzunehmen und für ein selbständiges, freies und demokratisches Österreich einzutreten. Nach 1945 arbeitete er als Redakteur der Tageszeitung „Wahrheit“, als Bezirkssekretär in Graz, als steirischer Landessekretär und von 1979 bis 1991 als Landesobmann der KPÖ Steiermark.

Unter der Federführung von Willi Gaisch erarbeitete die steirische KPÖ ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das konkrete Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik entwickelte. So trat die Partei für die Nutzung des Holzreichtums des Landes und für die Schaffung eines High-Tech-Betriebes der Verstaatlichten Industrie am Standort der ehemaligen Papierfabrik Hinterberg. Daraus entwickelte sich im Laufe der Jahre das Landesprogramm der steirischen KPÖ, das über weite Strecken die Handschrift von Willi Gaisch trägt.

Die KPÖ versuchte in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre den Widerstand gegen die Zerschlagung und Privatisierung der Verstaatlichten Industrie zu organisieren. Große Demonstrationen in Judenburg und Leoben im Jahr 1986 wären ohne die Initiative der Partei nicht zustande gekommen.

Doch die gesellschaftlichen Verhältnisse hatten sich geändert. Deshalb endete dieser Kampf mit einer Niederlage, die nicht zufälligerweise mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa zusammenfiel. Es kam auch zu einem Funktionswandel der Sozialpartnerschaft. Sie sollte nun die Verschlechterung der Position der arbeitenden Menschen gesellschaftlich absichern.

### **Tiefpunkt und Aufschwung**

In diesen Jahren stand die Existenz der KPÖ auf dem Spiel. Der 28. Bundesparteitag der KPÖ fand im Juni 1991 in Graz statt und legte die Grundlage für eine Überwindung der Parteikrise. Es war ein Reformparteitag. Der Versuch, alle Kräfte zusammenzuhalten, die damals gegen die Auflösung der Partei eintraten, gelang fürs Erste. Die Aufgaben, vor denen die Partei nun stand, fasste der Grazer Gemeinderat Ernest Kaltenegger in seiner Begrüßungsrede zusammen: „Wird die KPÖ wieder zu einer Kraft, die an der Seite der Benachteiligten und Betroffenen steht, wenn es gilt, gegen Sozialabbau, gegen Sanierungskonzepte auf Kosten der Belegschaften, gegen die neue Wohnungsnot oder gegen Privilegienwirtschaft anzukämpfen?“ Und Franz Stephan Parteder (seit 1990 Landessekretär der KPÖ) betonte, dass es darum ging, „unsere Partei wieder handlungsfähig und als weltanschauliche Alternative für jene Menschen interessant zu machen, für die der Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte bedeutet.“

Franz Stephan Parteder folgte 1991 auf Willi Gaisch als Landesvorsitzender, Landesgeschäftsführer wurde Andreas Fuchs.

**Franz Stephan Parteder** (geb. 1947). Im Bezirk Leoben geboren, war er 1968 bis 1973 Mitglied des VSStÖ und der SPÖ und zwischen 1971 und 1974 ÖH-Mandatar. 1973 trat er der KPÖ und dem KSV bei. Danach arbeitete er als Journalist bei der Tageszeitung Wahrheit bzw. Volksstimme (bis 1990). Im Juni 1990 wurde er zum Landessekretär der KPÖ in der Steiermark und im November 1991 zum KPÖ-Landesvorsitzenden gewählt.

Die KPÖ sank bei der Landtagswahl mit 0,6 Prozent auf einen neuen Tiefpunkt: In diesen Jahren gingen wichtige Positionen in Gemeinden und Betrieben verloren, der GLB verlor sogar seine Vertretung in der AK. Viele Mitglieder zweifelten an einer positiven Zukunft für die Partei. Das Ergebnis der Gemeinderatswahl in Eisenerz 1990 gab aber einen Hinweis darauf, wie die steirische KPÖ wieder Tritt fassen konnte. Die KPÖ stieg – in einem negativen internationalen und nationalen Umfeld – von 12 auf über 20 Prozent der Stimmen und zog mit Karl Fluch in den Stadtrat der Bergarbeiterstadt ein. Er verband die konkrete Hilfe für die Menschen mit einer prinzipiellen Kritik an der herrschenden Politik.

**Karl Fluch** (1944–2015) wuchs in Radmer auf. Nach der Lehre arbeitete er im Bergwerk von Radmer. Schon bald trat er der KPÖ bei und setzte sich als Betriebsrat und auch als Gemeinderat in Radmer für die Kollegen ein. Nach der Übersiedlung nach Eisenerz wurde er Bezirkssekretär der KPÖ in Eisenerz, 1975 Gemeinderat und in den Jahren 1985 bis 1995 Stadtrat. 2015 errang er wieder 20 Prozent der Stimmen und wurde zum Vizebürgermeister gewählt.

Der Beitritt Österreichs zur EU (1995) verschlechterte die Kampfbedingungen grundlegend. Die EU verpflichtet in ihren Grundlagenvträgen alle Mitgliedsstaaten zu einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ und zum „Abbau aller Handels- und Investitionshemmnisse“. Sie öffnet die Tür zu verschärftem Sozialabbau, schreibt einen Aufrüstungskurs vor und macht die Neutralität Österreichs mehr und mehr zu totem Recht.

Für die KPÖ ging es in diesen Jahren darum, wie man den arbeitenden Menschen beweisen konnte, dass man eine nützliche Partei für sie war und ist. Mit der Konzentration auf die Wohnungsfrage zog man die Konsequenz aus der Tatsache, dass die Partei nicht mehr in der Lage war, alle Politikfelder gleichermaßen zu bearbeiten. Über den Mieternotruf in Graz, Unterschriftensammlungen und Aktionen mit großer Beteiligung der Bevölkerung gelang es, Verbesserungen durchzusetzen. 1998 erreichte die KPÖ mit Ernest Kaltenegger als Spitzenkandidat den Einzug in den Grazer Stadtsenat. 2005 zog die KPÖ mit vier Mandaten (Ernest Kaltenegger, Renate Pacher, Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg) wieder in den Landtag ein. Elke Kahr folgte auf Kaltenegger als Stadträtin in Graz. Für alle MandatarInnen ist es verpflichtend, den Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke zu verwenden. Seit 1998 wurden über 2 Millionen Euro für konkrete Hilfe verwendet.

2012 und 2017 erzielte die KPÖ in Graz wieder 20 Prozent der Stimmen (zehn Mandate und seit 2017 zwei Sitze im Stadtsenat: Elke Kahr und Robert Krotzer) und ist derzeit zweitstärkste Partei im Gemeinderat.

**Ernest Kaltenegger** (geb. 1949) wurde in Obdach geboren. Von 1965 bis 1971 war er in der SJ aktiv. Nach seinem Austritt aus der SPÖ wurde er 1972 Obmann der KJÖ. Er arbeitete als KPÖ-Bezirkssekretär in Leoben und Graz, von 1981 bis 1998 war er Mitglied des Grazer Gemeinderats, 1998 bis 2005 Wohnungsstadtrat, von 2005 bis 2010 Landtagsabgeordneter.

**Elke Kahr** (geb. 1961)

In Graz geboren, wurde sie im Alter von drei Jahren adoptiert, wuchs in einem Arbeiterbezirk auf und besuchte nach der Volks- und der Hauptschule eine Grazer Handelsschule. Nach einer Beschäftigung bei der Kontrollbank besuchte sie die Abend-HAK. Kahr wurde 1993 Gemeinderätin und 1998 Klubobfrau der Grazer KPÖ. Von 2005 bis 2017 war sie Wohnungs- und seit 2017 Verkehrsstadträtin – bis 2017 für Wohnungsangelegenheiten, seither für die Verkehrsagenden.

Auch bei den Gemeinderatswahlen außerhalb von Graz und bei den AK-Wahlen konnten in den letzten Jahren Erfolge erzielt werden. Die KPÖ hat in der Steiermark derzeit mehr Gemeinderäte (48) als 1955 und mit vier AK Räten das beste Ergebnis seit 1964. Sie ist mit zwei Mandaten (Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg) im Landtag vertreten. Sie stellt in Trofaiach mit Gabi Leitenbauer und in Eisenerz mit Anna Skender die Vizebürgermeisterin in Trofaiach und Eisenerz und hat darüber hinaus mit Werner Murgg in Leoben und Renate Pacher in Knittelfeld Sitze in den Stadträten. Die KPÖ also auch in der Obersteiermark stark vertreten. Auch die Mitgliederzahl steigt wieder. Der Altersdurchschnitt der Mitgliedschaft sinkt.

Worauf ist dieser Erfolg zurückzuführen?

Wir haben uns zuerst auf ganz wenige Punkte konzentriert. Wir machen eine Politik und eine Öffentlichkeitsarbeit, die den Bedingungen unserer Zeit entsprechen. Dazu gehören auch die Personalisierung und das Nutzen alter und neuer Medien. Wir fühlen uns nicht als etwas Besseres als die Mehrheit der Bevölkerung. Wir sind in unseren Aussagen glaubwürdig und machen nach einer erfolgreichen Wahl nichts anderes, als wir vorher versprochen haben.

Schritt für Schritt ist es gelungen, dass die KPÖ in der Steiermark wieder alle Funktionen einer kommunistischen Partei, die Interessenvertretung, den politischen Kampf und die ideologische Auseinandersetzung beherrscht.

Im Jahr 2010 legte Franz Stephan Parteder den Vorsitz der steirischen KPÖ zurück. In seiner Nachfolge wurden drei SprecherInnen gewählt: Claudia Klimt-Weithaler, Werner Murgg und Renate Pacher.

### **Auf eigenen Füßen**

In diesen Jahren gelang es nicht, die Arbeitsweise und die Erfolge der steirischen KPÖ österreichweit zu verankern. Das hat objektive Ursachen, einige Gründe dafür liegen aber auch im Zustand der KPÖ auf Bundesebene und in unterschiedlichen politischen Positionen

(z.B. in der Frage der EU). Die steirische KPÖ arbeitet deshalb seit 2004 eigenständig und autonom. Sie steht auf eigenen Füßen. Die fortschrittlichen Kräfte brauchen aber in ganz Österreich eine gut organisierte und öffentlichkeitswirksame Partei, die in den wesentlichen Fragen auf einer marxistischen Grundlage steht. Ob der Weg zu dieser Partei gemeinsam mit der Bundes-KPÖ beschritten werden kann, das ist offen. Eine Antwort auf diese Frage kann nur in der gesellschaftlichen Praxis gefunden werden.

100 Jahre nach ihrer Gründung ist die steirische KPÖ wahlpolitisch gesehen so stark wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Ihre Losung „Eine nützliche Partei für das tägliche Leben – und die großen Ziele der ArbeiterInnenbewegung!“ drückt auch die Dialektik revolutionärer Politik in nicht-revolutionären Zeiten aus. Damit ist es gelungen, zur Ansprechpartnerin für die arbeitende Bevölkerung zu werden, widerständisches Denken im Alltag zu entwickeln, zu fördern und zu stärken. Die errungenen Positionen schaffen die Möglichkeit, der Offensive des Kapitals Druck von unten entgegenzusetzen. Das ist auch notwendig. Nach der Nationalratswahl 2017 beschleunigte die neue Regierung aus ÖVP und FP den Sozial- und Demokratieabbau und griff die Positionen der Arbeiterbewegung direkt an. Die Sozialpartnerschaft war von einem Herrschaftsinstrument des Großkapitals zu einem Hindernis für die Durchsetzung dieser Ziele geworden und sollte deshalb entscheidend geschwächt werden.

Die steirische KPÖ hat in den 100 Jahren ihres Bestehens immer an dem Ziel festgehalten, das zu ihrer Gründung geführt hat: Überwindung des Kapitalismus mit dem Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Ihre Mitglieder haben im Kampf gegen den Faschismus große Opfer gebracht. Sie waren und sind uneigennützig InteressensvertreterInnen der arbeitenden Menschen.

Die steirische KPÖ ist eine Partei im historischen Sinn und eine Partei mit Zukunft.



## **IMPRESSUM**

### **Medieninhaber und Herausgeber:**

Bildungsverein der KPÖ Steiermark  
Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Tel: +43 (0)316 712959  
Web: [www.kpoe-bildungsverein.at](http://www.kpoe-bildungsverein.at)  
Mail: [bildungverein@kpoe-steiermark.at](mailto:bildungsverein@kpoe-steiermark.at)

**Titelgrafik:** Simon Gostentschnigg

**Layout und Satz:** Hanno Wisiak

**KPO**  
BILDUNGSVEREIN

Steiermark  
**KPO**



[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)



[/kpsteiermark](https://www.facebook.com/kpsteiermark)



[/kpsteiermark](https://www.instagram.com/kpsteiermark)



[/kpoe\\_steiermark](https://twitter.com/kpoe_steiermark)



[/kpoe\\_bildungsverein](https://www.youtube.com/kpoe_bildungsverein)